

BULLETIN N°81 - Dezember 2022

BOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN

Sehr geehrtes Mitglied,

In den ersten sechs Monaten meiner Amtszeit als Präsident der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) wurde ich oft an die Werte der VEM und die Anerkennung, die sie durch das Parlament erhält, erinnert. So habe ich beispielsweise Anfang Oktober bei mehreren Treffen mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, und Vertretern der Fraktionen ausführlich über die Bedeutung unseres Engagements für die europäischen Werte nach unserem parlamentarischen Mandat diskutiert.

Unser Verband ist sehr aktiv, was sich in den zahlreichen Veranstaltungen widerspiegelt, die wir jedes Jahr organisieren. Vor kurzem hatte ich die Ehre, vom 23. bis 25. Oktober anlässlich der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft eine Delegation von zehn ehemaligen Abgeordneten aus fünf Mitgliedstaaten nach Prag zu führen. Ich möchte den Vertretern der tschechischen Regierung für unsere fruchtbaren Gespräche über eine Reihe von Themen wie die EU-Erweiterung, den Beitritt der Tschechischen Republik zur Eurozone, die EU-Energieunion und transnationale Listen danken. Darüber hinaus organisierte das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Prag hervorragende Treffen mit den Studenten, bei denen sie Gelegenheit hatten, ihre zahlreichen Fragen zu einer Reihe von Themen zu beantworten. Ein Bericht über diesen Besuch ist in diesem Newsletter enthalten.

Wir haben auch eine effektive Zusammenarbeit mit dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Griechenland entwickelt, das unsere Librorum-Veranstaltung mit VEM-Mitglied Anna Karamanou am 15. September unterstützt hat. Der Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments, Constantinos Tsoutsoplides, nahm an der Veranstaltung teil, die von unserer Vizepräsidentin Monica Baldi eröffnet wurde und eine Einführung durch die Ehrensekretärin Teresa Riera Madurell sowie eine von Schatzmeister Jean-Pierre Audy moderierte

Fragerunde umfasste. Das letzte Librorum fand kürzlich mit dem italienischen VEM-Mitglied Vitaliano Gemelli im Haus der Europäischen Geschichte während der VEM statt.

Neben dem Besuch in der Tschechischen Republik besuchte eine Delegation der VEM unter der Leitung von Monica Baldi am 22. September die Jean-Monnet-Stiftung in Lausanne. In diesem Newsletter berichtet Frau Baldi über diesen Besuch. Ich möchte ihr für die Leitung der Delegation danken und Pat Cox, dem Präsidenten der Jean-Monnet-Stiftung für Europa und ehemaligen Präsidenten der VEM und des Parlaments, für den herzlichen Empfang unserer Mitglieder in Lausanne und für seine kontinuierliche Unterstützung der Vereinigung.

Zuvor hatte eine VEM-Delegation die Interparlamentarische Union (IPU) in Genf besucht. Zu dieser Delegation gehörte auch unser geschätztes Mitglied und ehemaliger IPU-Präsident Miguel Ángel Martínez Martínez, der in diesem Newsletter einen Artikel über diesen Besuch veröffentlicht hat. Die VEM und die IPU haben ähnliche Ziele und können die parlamentarische Zusammenarbeit mit anderen Ländern, nicht nur in Europa, sondern auch auf anderen Kontinenten, durch die Förderung demokratischer Prinzipien in den internationalen Beziehungen verbessern. Wir brauchen die IPU heute mehr denn je, und wir wollen diese wichtige Organisation in ihrer Arbeit unterstützen.

Seit der Sommerpause wurden achtzehn "European Parliament on Campus"-Programme organisiert, zwei davon an Universitäten. Mein besonderer Dank gilt Michael Hindley und Manuel Porto, den Mitgliedern des Vorstands der VEM, die mit der Durchführung der Programme betraut waren. Wir freuen uns auf Ihre Nominierungen für unsere künftigen Konferenzen, für die der Aufruf zur Einreichung von Beiträgen in Kürze veröffentlicht wird.

Die VEM wird ihre Aktivitäten und Sitzungen im nächsten Jahr fortsetzen, beginnend mit einer außerordentlichen Generalversammlung am 2. Februar 2023. Eine E-Mail-Benachrichtigung wurde an alle Mitglieder verschickt, und diejenigen, die sie angefordert haben, werden sie auch per Post erhalten. Ich fordere unsere Mitglieder

auf, persönlich oder durch einen Bevollmächtigten über die Revision der VEM-Satzung abzustimmen.

Nach einem arbeitsreichen Jahr, das durch eine schwierige Wirtschaftslage gekennzeichnet war, konzentriert sich dieser Newsletter auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation. Sie werden Beiträge von Experten lesen, insbesondere einen Artikel unserer Gastredner Joaquín Almunia, Ivailo Kalfin und Lasse Michael Boehm, die an unserem jährlichen Seminar am 7. Dezember 2022 teilgenommen haben.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Beiträge zu dieser Ausgabe des Newsletters und für Ihre Teilnahme an unseren jährlichen VEM-Veranstaltungen, online oder persönlich. Es war eine große Freude, die Mitglieder wieder persönlich zu treffen.

Frohe Weihnachten und Gesundheit und Glück für 2023.

Mit freundlichen Grüßen,



Klaus Hänsch

Präsident der AAD

AKTUALITÄT

Ihre Majestät Königin Elizabeth II. und die Europäische Union

Über Ihre Majestät, Königin Elisabeth II., ist schon viel gesagt worden, und zwar viel eloquenter, als ich es je könnte, aber hier sind einige Überlegungen.

Das traurige Ableben Ihrer Majestät Königin Elisabeth II. markiert das Ende einer Ära. Keine andere Persönlichkeit war in unserer Zeit so sehr mit dem Vereinigten Königreich und Europa verflochten. Während der politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen ihrer siebenjährigen Regierungszeit stand sie für Stabilität und Kontinuität in einer Ära der Innovation und des ständigen Wandels.

Die Tatsache, dass so viele Menschen im Vereinigten Königreich und in der Union über den Tod der Königin traurig waren, spiegelt nicht nur die Dauer ihrer Regentschaft wider, sondern auch ihre Haltung und ihren Stil. Sie verkörperte Eigenschaften, die Royalisten und Republikaner gleichermaßen bewundern konnten: Pflichtbewusstsein, Bescheidenheit, Höflichkeit, Anstand, Mäßigung und Staatskunst. Während der COVID-19-Pandemie wandte sich die Königin in einer ihrer besten öffentlichen Reden an die Nation und sprach für sie, als sie an ihren Dienst im Krieg erinnerte und versprach, dass "wir uns wiedersehen werden", in Anspielung auf den 1939 von Vera Lynn populär gemachten Song.

Als er 1992 mit dem Herzog von Edinburgh Straßburg besuchte, verblüffte er alle, die er traf, und sprach natürlich fließend Französisch.

Elisabeth II. war sich der verfassungsrechtlichen Grenzen ihrer Rolle stets bewusst und vermied direkte politische Interventionen.

König Karl III., der länger als jeder andere Erbe in der britischen Geschichte auf den Thron gewartet hat, steht vor gewaltigen Herausforderungen, und ich bin sicher, er wird sie alle meistern.

Als Staatsoberhaupt muss sich Karl III. zusammen mit seiner Gemahlin die Loyalität und Zuneigung seiner Bürger verdienen, anstatt sie als selbstverständlich anzusehen.

Sein inspirierender Beginn zeigt uns, dass sie auf dem richtigen Weg sind, und darüber können wir uns glücklich schätzen.

Früher sagte man, dass die Königin nie so entspannt war wie in der Gesellschaft ihrer Hunde. Sie züchtete in Sandringham Jagdhunde und Brieftauben, doch ihre Leidenschaft galt den Rennpferden. Vor vielen Jahren schenkte ihr Präsident Giscard d'Estaing einen Hund, und ich glaube, Präsident Macron schenkte ihr einen weiteren zum Platinjubiläum.

Das Vereinigte Königreich der unmittelbaren Nachkriegszeit, das die Voraussetzungen für seine außergewöhnliche Herrschaft geschaffen hat, gibt es nicht mehr. Doch während sich die Beamten mit einem Europa und einem Vereinigten Königreich in Aufruhr auseinandersetzen, würde es ihnen nicht schaden, sich an das Beispiel und den Anstand von Elisabeth II. zu erinnern.

Das traurige Ableben von Königin Elisabeth II. markiert das Ende einer Ära. Wir haben jetzt einen großartigen neuen König - Gott schütze unseren König!

Patricia E. Rawlings

Königin Elisabeth II. (1926-2022)

Dass Königin Elisabeth II. am 8. September in ihrer Lieblingsresidenz im Schloss Balmoral im schottischen Hochland an Altersschwäche verstarb, versetzte weltweit Millionen von Menschen, die sie nie getroffen hatten, in tiefe Trauer. Mit ihrer 70 Jahre währenden Regentschaft war sie ein Symbol royaler Beständigkeit. Nur wenige Stunden vor ihrem Tod verabschiedete sie Boris Johnson aus dem Amt und begrüßte seine Nachfolgerin, die neue Premierministerin des Vereinigten Königreichs. Damit führte sie die sogenannte Handkuss-Zeremonie bereits zum fünfzehnten Mal durch. Selbst Anhänger der republikanischen Bewegung betrachteten diese kurze Zeremonie als vertretbares Symbol für Würde und Wandel. Für alle Beobachter war sie in Zeiten der Ungewissheit das Ende einer Ära, die mit einem monumentalen Begräbnis ihren Abschluss fand.

Mein erstes Treffen mit der Queen fand 2009 bei einem Empfang für britische Parlamentsabgeordnete im Buckingham-Palast statt, als auch die letzten Gäste bereits am Aufbrechen waren. Nur etwa sechs Leute waren noch da, darunter ihr geliebter Ehemann Prinz Philipp und meine Frau Henrietta. Ich erlaubte mir, eine politische Frage zu stellen, obwohl man das eigentlich nicht darf: „Was halten Sie vom Vertrag von Lissabon, Ma'am?“ Sie verzog das Gesicht – ob sie sich wohl an der politischen Frage oder am Vertrag selbst störte? Es war diese Mehrdeutigkeit, die sie als Monarchin so erfolgreich machte. 2019, drei Jahre nach dem Referendum, das das Vereinigte Königreich aus der EU führen sollte, gingen Millionen von Menschen für eine zweite Abstimmung auf die Straße. Bei der Eröffnung des gespaltenen Parlaments trug die Queen einen Hut, den viele – ich eingeschlossen – als Zeichen deuteten, dass sie die EU-Mitgliedschaft befürwortete. Die Zukunft wird es zeigen, denn Meinungsumfragen im Vereinigten Königreich belegen, dass der Brexit ein Fehler von historischer Tragweite war.

Die Queen starb im Alter von 96 Jahren und war die am längsten regierende Monarchin der Geschichte. Ihre Regentschaft begann mit der Erholung vom Zweiten Weltkrieg und dauerte bis in die Gegenwart. Doch 70 Jahre des Weltfriedens zum Trotz starb Königin Elisabeth II. in einer Zeit neuerlicher Ungewissheit auf unserem Kontinent, was sich täglich aufs Neue zeigt. Wie für Millionen von anderen war ihre

Krönung im Juni 1953 mein erstes Fernseherlebnis – ich war damals drei Jahre alt. Sie war 26 Jahre alt, und es war eine Zeit der Hoffnung.

Aufgrund der geschichtlichen Entwicklungen wurde Elisabeth II. nicht nur Königin des Vereinigten Königreichs, sondern auch Staatsoberhaupt von etwa 70 Gebieten des Commonwealth. Sie starb als Oberhaupt von 15 Ländern, darunter Australien, Kanada und Neuseeland. Im Schulatlas meiner Kindheit waren alle diese Gebiete auf der ganzen Welt rosa dargestellt. Eine der wichtigsten Errungenschaften der Queen war es, viele dieser Länder – ob groß oder klein und beginnend mit Indien im Jahre 1947 – behutsam auf ihrem schrittweisen und zumeist friedlichen Weg in die Unabhängigkeit zu begleiten.

Als ranghöchster Vizepräsident aus dem Vereinigten Königreich betreute ich den jetzigen König Charles III. im Februar 2008 bei seinem Besuch in Brüssel, in dessen Rahmen er auch das Europäische Parlament besuchte. Er traf Hunderte von Menschen und wurde von Präsident Hans-Gert Pöttering herumgeführt. Am Abend saß ich bei einem Abendessen in kleinem Kreis in der britischen Botschaft neben Charles, der sich als Meister der evidenzbasierten Analyse bewies. Anstatt Fragen einfach zu beantworten, erläuterte er das Thema von beiden Seiten, wobei er seine eigene Meinung zumeist unerwähnt ließ.

Kurz vor ihrem tragischen Tod traf ich außerdem Prinzessin Diana bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung für Kinder. Ich lernte auch Prinzessin Anne kennen, das bislang quirligste Mitglied der royalen Familie. Bei einer Fabrikbesichtigung baute sie die Leute, die sie kennenlernte, in ihre Rede ein, indem sie auf ihre Namen, ihre Aufgaben und kleine persönliche Details einging. Im Rahmen derartiger royaler Pflichten setzte Königin Elisabeth II. mit ihrem Charme, ihrem ruhigen Humor, ihren intelligenten Fragen und ihren persönlichen Erinnerungen ein außerordentliches Beispiel. Millionen von Menschen werden sie vermissen.

Edward McMillan-Scott

Eine Hommage

Die ganze Welt scheint sich den Tod von Königin Elisabeth II. zu Herzen zu nehmen. Unzählige Menschen kamen nach Westminster, um sich persönlich zu verabschieden. Auch ich habe einen ganzen Tag damit verbracht, die Queen über BBC News auf ihrem letzten Weg zu begleiten.

Nach meinem Abitur verbrachte ich im Rahmen meines ersten Jobs als Au-pair-Mädchen in den Jahren 1959 und 1960 ganze zwölf Monate im Vereinigten Königreich. Ich lebte bei einer englischen Familie, die ich zunächst nicht kannte, aber die mich so herzlich aufnahm, dass ich schon bald ein vollwertiges Familienmitglied war. Heute ist die Mutter Jane 94 Jahre alt, und diesen Sommer war ich wieder einmal bei ihr und ihren Kindern auf Besuch. Wir stehen uns so nahe wie eh und je.

Doch warum schreibe ich diese Zeilen? Das uneingeschränkte Vertrauen, das diese Familie in England in ein junges Mädchen aus Deutschland setzte, prägte mich und meine Haltung gegenüber anderen Völkern nachhaltig. In London hatte das Commonwealth seinen Sitz, und wir verstanden uns alle prächtig. Diese Erfahrung prägte meine unerschütterliche Einstellung gegenüber Europa, die den Grundstock für meine spätere Arbeit im Europäischen Parlament legte. Dafür bin ich auch heute noch dankbar, weil es auch zeigt, dass aus Fremden langjährige Freunde werden können.

Beitrag von Brigitte Langenhagen, ehemaliges Vorstandsmitglied des VEM und Mitglied des VEM.

Naturkatastrophen: Stärkung eines raschen und wirksamen europäischen Solidaritätsmodells

2022 wird ein trauriges Rekordjahr sein. Fast 760 000 Hektar europäischer Wälder werden durch Brände vernichtet worden sein, das Dreifache der durchschnittlichen Brandfläche der letzten zwanzig Jahre. Dies bringt unsere zivilen Sicherheitsmodelle an die Grenzen ihrer Möglichkeiten.

Die elfmalige Aktivierung des rescEU-Mechanismus mit der Mobilisierung von 33 Flugzeugen und mehr als 369 Feuerwehrleuten in den beiden Sommermonaten hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig die europäische Solidarität bei der Bewältigung derartiger Situationen ist.

Eine Bedeutung, die ich selbst in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur schätzen gelernt habe, als die Kommission nach dem Sturm Alex, der im Oktober 2020 die Hochtäler oberhalb von Nizza verwüstete, 59,3 Millionen Euro aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union mobilisierte.

In Zukunft werden alle unsere europäischen Gebiete in ständiger Alarmbereitschaft für extreme Phänomene sein müssen, die das gleichzeitige Auftreten von Großbränden jenseits des Mittelmeerbogens mit einem erhöhten Risiko von Überschwemmungen, Landverschiebungen oder Küstenerosion abwechseln werden.

Der Kampf gegen diesen "Klimakrieg" erfordert ein noch nie dagewesenes Maß an Humanressourcen (sowohl beruflich als auch ehrenamtlich) und operationellen Ressourcen, um unsere Bevölkerung, unser Naturerbe und unsere wirtschaftliche Verankerung zu schützen. Feuer und Wasser kennen keine Grenzen. Die europäische Zusammenarbeit ist daher unerlässlich, um die Kräfte zu bündeln und gemeinsam nach den drei Grundprinzipien Vorbeugung, Bekämpfung und Wiederaufbau zu reagieren.

In dieser Hinsicht sind die Zusagen der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten im Anschluss an die informelle Ministerratstagung vom 5. September, die dem Thema Waldbrände gewidmet war, ermutigend. Sie sollten eine Aufstockung der finanziellen Mittel für EU-Rettungsmaßnahmen ermöglichen, um die Ressourcen in der Luft und am Boden zu bündeln und so die Prävention und Bekämpfung von Krisen zu stärken.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die europäischen Institutionen so schnell wie möglich Ergebnisse liefern, wenn wir gemeinsam auf das vorbereitet sein wollen, was auf uns zukommt.

Die Region Provence-Alpes-Côte d'Azur, die über ein eigenes Klimabudget verfügt, hat ehrgeizige regionale Pläne zur Bekämpfung der wichtigsten Naturgefahren und zur Anpassung daran aufgestellt: 52 Millionen Euro, verteilt auf die nächsten zwei Jahre, um die zivilen Sicherheitskräfte zu unterstützen, die technischen Mittel zur Brandbekämpfung zu verstärken, die Öffentlichkeit über Naturgefahren zu informieren und zu sensibilisieren, 200 junge Menschen für unser regionales Försterkorps zu rekrutieren, ein Korps von Gebirgsjägern zu schaffen, fünf Millionen Bäume zu pflanzen und nach Lösungen zu suchen, die sich an der Natur orientieren, damit die Böden in städtischen Gebieten atmen können. .. Die Region Provence-Alpes-Côte d'Azur ist auch an mehreren Kooperationsprojekten beteiligt, die ihren Mehrwert unter Beweis gestellt haben, wie z. B. das Projekt MED-Star mit Italien oder das Projekt "Feuerwehr ohne Grenzen" mit der Union der Gemeinden von Jezzine (Libanon). Mit diesen Beispielen möchte ich letztlich daran erinnern, dass die europäischen Regionen eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen und bei der Anpassung der Gebiete an die Folgen des Klimawandels spielen. Sie müssen daher in den europäischen Austausch und die Initiativen zu diesem Thema einbezogen werden.

Über ihr Engagement auf regionaler Ebene hinaus ist unsere Region bereit, einen direkteren Beitrag zu den Rettungsbemühungen der EU zu leisten, insbesondere durch die Bereitstellung von Finanzmitteln zur Stärkung dieses für unsere Gebiete wichtigen Mechanismus.

Renaud Muselier

Besuch bei der Interparlamentarischen Union (IPU)

Die Leitung der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments hatte seit einiger Zeit die Möglichkeit geprüft, Informations- und Kooperationsbeziehungen zu bestehenden und aktiven Organisationen von Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments in anderen Ländern als den 27 Herkunftsländern der Mitglieder aufzubauen, d.h. in Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, den Niederlanden, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern.

Es wurden bereits einige Versuche unternommen, mehr oder weniger dauerhafte Beziehungen zu parlamentarischen Gremien beispielsweise in den Vereinigten Staaten und einigen lateinamerikanischen Ländern aufzubauen. Darüber hinaus wurde ganz spontan und fast zwangsläufig darüber diskutiert, ob es wünschenswert sei, Kontakte zur Interparlamentarischen Union (IPU) mit Sitz in Genf zu knüpfen, mit der einige von uns in der Vergangenheit aktiv zusammengearbeitet hatten, darunter auch ich, der als spanischer Abgeordneter zwischen 1997 und 1999 Vizepräsident und sogar Präsident der IPU war.

Nachdem uns die Führung der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments (APE) bestätigt hatte, dass es wünschenswert sei, mögliche Beziehungen zur IPU zu prüfen, erhielten wir von unseren Gesprächspartnern eine ausgesprochen positive Antwort und begannen mit der Aufnahme einer Reihe von Beziehungen, die sofort ein großes Potenzial für die nahe Zukunft erkennen ließen. In diesem Zusammenhang erhielt die WPA-Leitung eine Einladung zu einem Besuch in den Räumlichkeiten der Fondation Jean Monet in Lausanne. Das Gebäude, das die Stiftung in dieser Stadt verwaltet, ist sehr interessant und zeigt historisches Material über das Leben und die Arbeit von Jean Monet, einem der bedeutendsten Politiker, der an der Gründung der späteren Europäischen Union beteiligt war.

Als wir in unserem Brüsseler Büro das Programm für eine WPA-Delegation nach Lausanne vorbereiteten, ergriffen wir fast automatisch die Gelegenheit, die

Möglichkeit eines Treffens mit der IPU-Führung an ihrem Sitz im nahe gelegenen Genf zu prüfen. Unsere Gesprächspartner reagierten sofort sehr positiv auf diesen Vorschlag, obwohl uns mitgeteilt wurde, dass die IPU-Zentrale an den Tagen, an denen sich unsere Delegation in der Schweiz aufhalten würde, nicht mit der Anwesenheit von Martin Chungong, dem aus Kamerun stammenden IPU-Vorsitzenden und Generalsekretär, rechnen könne, der bereits zugesagt hatte, nach New York zu reisen, um dort an der Eröffnung der UN-Generalversammlung teilzunehmen. Auch diese Schwierigkeit konnte dank des guten Willens unserer Gesprächspartner überwunden werden, die uns für den 22. September einen Besuch in ihrem Hauptsitz vorschlugen, wo wir vom wichtigsten Mitarbeiter des Generalsekretärs, Anda Filip, empfangen werden sollten. Dem Besuch sollte eine Telefonkonferenz mit dem Generalsekretär nach dessen Rückkehr folgen. Dieses virtuelle Treffen fand am 27. September statt.

In jedem Fall sind die Schlussfolgerungen, die aus diesen Treffen gezogen werden können, in diesem Stadium des Prozesses eindeutig positiv: Erstens konnte die WPA-Delegation die Räumlichkeiten der IPU eingehend besichtigen und sich von der hohen Qualität und Quantität der dort gelagerten Materialien überzeugen, die zu einem großen Teil parlamentarische Themen aus der ganzen Welt betreffen, die keinen von uns gleichgültig lassen konnten. Zweitens fand auch das Treffen mit Anda Filip in einer völlig entspannten Atmosphäre statt und bot viele Ideen, die erforscht werden sollten, da sie große Chancen für eine Zusammenarbeit bieten, wie die Videokonferenz mit Generalsekretär Chungong bestätigt.

Die EPA-Delegation war recht groß und bestand aus italienischen Abgeordneten (Monica Baldi, Leiterin der Delegation) und Abgeordneten aus mehreren anderen Ländern, darunter auch aus Italien: Nathalie Griesbeck und Fernand Le Rachinel (Frankreich), Pat Cox (ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und derzeitiger Präsident der Jean-Monet-Stiftung, Irland), Michael Hindley, Robert Moreland, Patricia Rawlings und Carole Tongue (Vereinigtes Königreich), Alojz Peterle (ehemaliger Präsident und ehemaliger Premierminister, Slowenien), Margarita Starkeviciute (Litauen) und Maria Gabriela Zoana (Rumänien). Die oben erwähnte Gruppe ehemaliger Mitglieder wurde von Elizabetta Fonck, der Generalsekretärin unserer Vereinigung, begleitet. An der Gruppe nahm auch ich als Mitglied der WPA-

Führung teil, ein ehemaliges Mitglied des spanischen Abgeordnetenhauses und des Europäischen Parlaments.

Einer der faszinierendsten Momente unseres Besuchs in der IPU-Zentrale war zweifelsohne das Gespräch mit Anda Filip, dem Direktor für Außenbeziehungen und Mitgliedsparlamente der IPU.

Ich glaube, ich habe die Herzlichkeit unterstrichen, die das Treffen und den Besuch geprägt hat, bei dem wir alle möglichen Alternativen geprüft haben, die unsere Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments und die IPU in Zukunft gemeinsam entwickeln können. Während der Videokonferenz mit Generalsekretär Martin Chungong am 27. September wurde auch die Bereitschaft zur Umsetzung dieser Initiativen betont. Einer der zu untersuchenden Aspekte ist die Ermittlung konkreter Maßnahmen, die für beide Partner von Interesse sein könnten, einschließlich Kommunikationsmaßnahmen mit Vereinigungen von Parlamentariern und ehemaligen Parlamentariern aus anderen Kontinenten als Europa, d.h. Afrika, Asien, Amerika und Ozeanien, um den Prozess der Aufwertung der bestehenden Parlamente in all diesen Ländern weiter voranzutreiben und die Anstrengungen zu verdoppeln, damit die demokratische Berufung unserer Gesellschaften Wirklichkeit wird. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass dieses Treffen meiner Meinung nach einen wichtigen Schritt in den Beziehungen zwischen unserer Vereinigung und dem Gremium, das die Parlamente aller Länder der Welt vereint, darstellt und Perspektiven eröffnet, die nicht nur beide Seiten bereichern, sondern auch zur Förderung der Demokratie und der Menschlichkeit in der ganzen Welt beitragen werden.

Miguel Ángel Martínez Martínez

Keine Zukunft ohne Erinnerung

"Die einigende Kraft bei der Entstehung der Europäischen Union": Jean Monnet, französischer politischer und wirtschaftlicher Berater, der sein ganzes Leben der europäischen Integration gewidmet hat.

Er war der Hauptinitiator des Schuman-Plans, der mit der Unterzeichnung des Pariser Vertrags im Jahr 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gründete, deren erster Präsident Monnet war. Ziel war es, die Produktion dieser Materialien in sechs Ländern zu bündeln: Belgien, Frankreich, Westdeutschland, Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Der Aufbau des gemeinsamen Marktes legte den Grundstein für ein gigantisches Friedensprojekt, aus dem die heutige Europäische Union hervorging, die unter anderem den Friedensnobelpreis 2012 für ihren Beitrag zur "Umwandlung Europas von einem Kontinent im Krieg zu einem Kontinent im Frieden" erhielt.

Die Dokumente und das gesamte Monnet-Archiv werden in der Stiftung Jean Monnet für Europa aufbewahrt, die 1978, ein Jahr vor seinem Tod, gegründet wurde.

Sie ist eine unabhängige öffentliche Einrichtung, die vom Staat Waadt, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Stadt Lausanne unterstützt wird. Sie übt ihre Tätigkeit in der Ferme de Dorigny aus, einem ehemaligen Landhaus im Herzen des Universitätscampus, das für die Unterbringung des Europäischen Forschungszentrums und der Archive der Stiftung sehr gut ausgestattet ist.

Man könnte sich fragen, warum das Archiv einer Organisation mit Sitz in der Schweiz anvertraut wurde und nicht in Frankreich, wo Monnet geboren wurde und bis ins hohe Alter aktiv tätig war, u. a. als er 1955 in Paris mit eigenen Mitteln das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa gründete, und wo er der Hauptinitiator der europäischen Integration war.

Die Wahl des Standortes war auf Monnets Verbindungen zur Schweiz und seine Freundschaft mit Professor Henri Rieben, dem ersten Präsidenten der Stiftung, zurückzuführen.

Wie dem auch sei, heute steht uns ein einladender Ort für Diskussionen und Begegnungen zur Verfügung, der zahlreiche andere Privatarchive mit ikonografischen

und audiovisuellen Dokumenten sowie eine Fachbibliothek, ein wichtiges Dokumentationszentrum und die wertvolle Sammlung der "roten Notizbücher" beherbergt.

Der Besuch bei der Stiftung war dank des professionellen und herzlichen Empfangs ihres Präsidenten, Pat Cox, ihres Vizepräsidenten, Botschafter Jacques de Watteville, der die Europapolitik der Schweiz vorstellte, und ihres Direktors, Professor Gilles Grin, etwas ganz Besonderes.

Für die Mitglieder der AAD-Delegation aus Italien, Frankreich, Litauen, Rumänien, Slowenien, Spanien und dem Vereinigten Königreich war es sehr bewegend, die Geschichte der Entstehung Europas nachzuvollziehen, einschließlich der Präsidentschaft von José María Gil-Robles und der Reden von Enrique Barón Crespo und Hans-Gert Poettering vor dem Parlament.

Präsident Cox, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und der ADA, gab uns einen Einblick in das Leben von Jean Monnet, indem er faszinierende Anekdoten, wie das Abenteuer seiner Ehe mit Silvia, erzählte und seinen Lebensweg nachzeichnete: zunächst Cognac-Händler, dann Bankier, dann eine führende Persönlichkeit in der industriellen Produktion Frankreichs und des Vereinigten Königreichs, bevor er eine entscheidende Rolle auf der geopolitischen Weltbühne spielte. Interessant waren auch die Beschreibungen von Orten und die Porträts von Persönlichkeiten sowie die Einsichtnahme in unveröffentlichte Dokumente und Filme, die die Eckpfeiler der europäischen Integration darstellen.

Ich hoffe, dass dieser besondere Besuch der Keim für eine schöne und fruchtbare Zusammenarbeit sein kann, vielleicht in Zusammenarbeit mit dem Historischen Archiv der Europäischen Union.

Monica Baldi

De/Konstruktion des Feindes

Im September besuchte ich zusammen mit anderen ehemaligen Europaabgeordneten die Jean-Monnet-Stiftung in Lausanne. So konnte ich mein Wissen über die Gründerväter der Europäischen Union erweitern, die bekanntlich in diesen sinnlosen Krieg in der Ukraine verwickelt ist.

Dank Victoria de la Torre weiß ich, welche Rolle Caux bei der deutsch-französischen Aussöhnung gespielt hat. Bei meinem Besuch in Lausanne habe ich zudem erfahren, was die französische Sozialistin Irène Laure, eine der Protagonistinnen der Treffen in Caux, für die Versöhnung getan hat. Sie ging durch ganz Deutschland und bat um Vergebung für den Hass, den sie empfand, was für sie befreiend war.

All dies hat mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass die Versöhnung für den Beginn einer neuen europäischen Geschichte unerlässlich ist. Die Europäische Union konnte den Tag nicht erleben, bevor sie das Feindbild, das Millionen von Menschen das Leben gekostet hat, aufgegeben hat.

Vor zehn Jahren war ich Vizepräsidentin der Delegation des Europäischen Parlaments in Russland. Damals sprachen wir mit Russland noch über eine Partnerschaft für die Modernisierung, aber heute sieht Russland die Europäische Union als Feind. Ich habe auch einen Dialog mit russischen Vertretern über das Konzept der Identität organisiert, an dem auch Akademiker teilnahmen. Ich erinnere mich, dass sie uns sagten: "Wir Russen sind Europäer, aber etwas anders". Ich schätzte es, dass sie sich selbst in dieser Weise definierten. Schließlich sind wir alle "etwas anders", und das ist auch gut so.

Der Krieg in der Ukraine ist ein Zeichen dafür, dass das Feindbild in der ehemals kommunistischen Welt immer noch lebendig ist. In der Europäischen Union hat es seit siebzig Jahren keinen Krieg mehr gegeben, östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs jedoch schon zehn. Dies begann 1991 mit der Aggression der jugoslawischen Volksarmee gegen Slowenien. Nach dem slowenischen Sieg verlagerte sich der Konflikt nach Kroatien, dann nach Bosnien und Herzegowina und in den Kosovo, bevor die NATO gegen Serbien intervenierte. In der ehemaligen Sowjetunion wüteten Kriege in Tadschikistan, Tschetschenien, Aserbaidschan, Georgien und der Ukraine.

Im Osten und Südosten der Europäischen Union ist das Konzept der "Soft Power", das auf der Achtung der Würde des Einzelnen und der Völker beruht, nicht umgesetzt worden.

Der Europäischen Union ist es gelungen, ihre politische Macht in den Dienst der Achtung und Förderung der Vielfalt zu stellen. Das mag idealistisch klingen, aber wenn die Europäische Union sich über Jahrzehnte hinweg friedlich entwickeln konnte, dann deshalb, weil die Spaltungen beiseitegeschoben wurden, um sich auf das Projekt zu konzentrieren.

Als ich in Lausanne ankam, traf ich zwei Ukrainer und am nächsten Tag im Olympischen Museum fünf ukrainische Kinder. Ich fragte mich, was aus dieser Nation mit ihren Millionen von Bürgern, die über ganz Europa verstreut sind, werden würde, was das Schicksal des benachbarten Russlands sein würde und was dazwischen passieren würde.

Wir haben über Zoom mit ukrainischen Parlamentariern gesprochen. Einer nach dem anderen sagte den Sieg der Ukraine voraus. Ich fragte sie: "Was wird am Tag nach dem Sieg geschehen?", und sie antworteten, dass sie dasselbe anstreben würden wie die Franzosen und die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg: Frieden. Ich hoffe, dass dieser sinnlose Krieg tatsächlich zur Versöhnung führen wird. Was in Deutschland und Frankreich funktionierte, hat jedoch auf dem westlichen Balkan nicht zu den gleichen Ergebnissen geführt, denn dort herrscht immer noch ein starkes Gefühl des Hasses, das den Nährboden für neue Konflikte und Kriege bildet. Ich begrüße daher die Tatsache, dass der politische Wille der Union zur Erweiterung auf die Ukraine und den westlichen Balkan gestärkt wurde. Wir wissen, dass eine erweiterte Union nicht unbedingt ein wirklich geeintes Europa bedeutet, aber sie ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Solange jedoch der Gedanke der Versöhnung nicht greift, wird die politische und sicherheitspolitische Instabilität noch lange Zeit anhalten.

Alojz Peterle

Die Europäische Union und die Schweiz

Karten der Europäischen Union zeigen die große Masse an Ländern, die den größten Teil Europas ausmachen, aber sie lassen einen kleinen Fleck in der Mitte, die Schweiz, aus.

Warum ist dieser Fleck so anders - liegt es daran, dass er gebirgig oder "neutral" oder reich ist, oder liegt es daran, dass die Schweizer gerne unabhängig sind oder glauben, dass Demokratie aus vielen Volksabstimmungen besteht, oder ist es eine Kombination aus all diesen Faktoren?

Im Oktober reiste eine Gruppe der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments nach Genf und Lausanne, um vor allem die Interparlamentarische Union und das Jean-Monnet-Institut zu besuchen. Wir hatten auch das Privileg, einen Vortrag des ehemaligen Schweizer Staatssekretärs Jacques de Watteville zu hören, der die Fortschritte (und Nicht-Fortschritte) in den Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz seit der Gründung der Europäischen Union darlegte.

In der offiziellen Erklärung zu den Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz auf der Website der Europäischen Kommission heißt es, dass die Schweiz und die EU wichtige Wirtschaftspartner sind:

- Der gegenseitige Austausch von Waren und Dienstleistungen beläuft sich auf rund 1 Milliarde Euro pro Arbeitstag.
- Im Jahr 2020 war die Schweiz der viertgrößte Handelspartner der EU nach China, den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich.
- Die Europäische Union ist der mit Abstand größte Handelspartner der Schweiz.
- Auf die EU entfallen rund 42 % der schweizerischen Warenexporte und 60 % der Importe.
- Auf die Schweiz entfallen mehr als 7 % der Ausfuhren und 6 % der Einfuhren der EU.

Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der EU mit der Schweiz werden durch das Freihandelsabkommen von 1972 und die bilateralen Abkommen von 1999 geregelt. Diese Abkommen gewähren der Schweiz einen direkten Zugang zu wichtigen Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt, darunter auch zu solchen:

- Freier Personenverkehr.
- Gegenseitige Anerkennung von Produktnormen.
- Die Öffnung der Märkte für das öffentliche Beschaffungswesen, den Straßen- und Luftverkehr sowie den Güter- und Personenverkehr auf Straße und Schiene.

Ein ungehinderter wirtschaftlicher Austausch ist eine wichtige Quelle des Wohlstands für beide Seiten. Allerdings gibt es viele Kämpfe und gescheiterte Verhandlungen, die die Europäische Union oft verärgern. Die Schweiz beteiligte sich an der Aushandlung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit der Europäischen Union. Sie unterzeichnete das Abkommen am 2. Mai 1992 und stellte am 20. Mai 1992 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft. In einem Referendum am 6. Dezember 1992 wurde der EWR-Beitritt jedoch mit 50,3 % zu 49,7 % abgelehnt, und die Schweizer Regierung beschloss, die EU-Beitrittsverhandlungen bis auf weiteres auszusetzen. Diese wurden nicht wiederaufgenommen, und 2016 zog die Schweiz ihren Antrag auf EU-Mitgliedschaft formell zurück.

Im Jahr 1994 begannen die Europäische Union und die Schweiz mit der Aushandlung bilateraler Abkommen.

Bilaterales Abkommen I (unterzeichnet 1999, in Kraft seit 1. Juni 2002)

1. Freier Personenverkehr.
2. den Luftverkehr.
3. der Straßenverkehr.
4. Landwirtschaftliche Erzeugnisse.
5. Technische Handelshemmnisse.
6. Öffentliches Auftragswesen.
7. Wissenschaft.

Bilaterales Abkommen II (unterzeichnet 2004, schrittweise Inkraftsetzung zwischen 2005 und 2009)

1. Sicherheit, Asyl und Schengen-Beitritt.
2. Zusammenarbeit bei der Betrugsbekämpfung.
3. Schlussbestimmungen zu offenen Fragen in den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt, Medien, Bildung, Altenpflege, Statistik und Dienstleistungen. Mit diesem Kapitel wurde der Gemeinsame Veterinärbereich eingerichtet.

Im Dezember 2012 erklärte der Rat der Europäischen Union, dass es keine weiteren Binnenmarktverträge geben würde, wenn sich die Schweiz und die Europäische Union nicht auf einen neuen, dem EWR ähnlichen Rechtsrahmen einigen würden, der die Schweiz enger an die sich entwickelnde Europäische Union binden würde. Seitdem fanden weitere Treffen zu Fortschritten in anderen Bereichen statt, jedoch mit begrenztem Erfolg. Die Verhandlungen über das vorgeschlagene Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union wurden am 23. April 2021 mit einem Treffen mit Ursula von der Leyen in Brüssel wieder aufgenommen. Die Schweizer waren nicht in der Lage, die Vorschläge der Kommission zu akzeptieren. Am 26. Mai 2021 beschloss die Schweiz, die Verhandlungen mit der EU auszusetzen und den Entwurf des institutionellen Rahmenabkommens EU-Schweiz nicht zu unterzeichnen. Die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten betrafen die Freizügigkeit, gleiche Wettbewerbsbedingungen und die Regeln für staatliche Beihilfen. Maroš Šefčovič, der für die Verhandlungen mit der Schweiz zuständige EU-Vizepräsident, nahm die Gespräche im vergangenen Jahr in begrenztem Umfang wieder auf.

Das Gefühl der eigenen Souveränität und Unabhängigkeit ist bei vielen Schweizerinnen und Schweizern nach wie vor tief verankert, aber es scheint noch nicht auszureichen. Das Rote Kreuz und seine Zusammenarbeit mit der Union bei Friedensmissionen sind lobenswert, aber Aspekte wie die Finanzdienstleistungen sind noch zu beachten. Es besteht weiterhin der Verdacht, dass die Schweiz sehr "selektiv" ist. Die Schweiz ist bekannt für ihren Schnee, ihre Uhren, den wunderbaren Roger Federer, Wilhelm Tell und die Kuckucksuhr. Sicherlich kann sie auf der Weltbühne eine größere Rolle spielen und für mehr als das bekannt sein.

Robert Moreland

Besuch der AAD im Olympischen Museum in Lausanne

Es stimmt, dass die Institutionen der Union dem Sport und der Kultur nicht viel Aufmerksamkeit schenken. Die AAD-Delegation in der Schweiz beschloss jedoch, diese Tradition zu ändern und einen Besuch des Olympischen Museums in Lausanne auf die Tagesordnung zu setzen. Das Museum verfügt über die größte Sammlung von mehr als 10.000 Objekten aus den Archiven der Olympischen Spiele. Das Museum ist wunderschön auf einem Hügel am Ufer des Sees gelegen und von dem riesigen Olympiapark umgeben, der die olympischen Ideale perfekt widerspiegelt. Ein strahlender Geist der Freundlichkeit umgibt jeden, der die Treppen des Olympiabergs hinaufsteigt.

Auf beiden Seiten der Treppe befinden sich Skulpturen berühmter olympischer Athleten. Das Museum selbst besteht aus drei Etagen, die der Geschichte der Olympischen Spiele und der olympischen Medaillengewinner gewidmet sind, und bietet die Möglichkeit, die eigene körperliche Fitness, die Reaktionsfähigkeit und das visuelle Gedächtnis zu testen.

Diejenigen, die den olympischen Geist besser verstehen wollen, werden einen Besuch in diesem Museum genießen. Hier sehen und hören Sie die historischen Hintergründe der einzelnen Olympischen Spiele, die heute manchmal wenig bekannt sind, sowie kurze Dokumentationen der Eröffnungsfeierlichkeiten. Für die zahlreichen Schulkinder, die das Museum besuchen, ist dies ein hervorragender Geschichts- und Kulturunterricht.

Das Museum verfügt über eine Sammlung von Medaillen aller Olympischen Spiele, die auch in dem vom Olympischen Komitee festgelegten strengen Rahmen die Kultur des Gastgeberlandes repräsentieren. Es fällt sofort auf, dass die Größe der olympischen Medaillen im Laufe der Jahre zugenommen hat, was den Aufwand widerzuspiegeln scheint, der erforderlich ist, um sie zu gewinnen.

In einem der Räume werden alle olympischen Medaillengewinner vorgestellt. In meinem Fall ging es auch um persönliche Erinnerungen. Mein Vater war Direktor der Zalgiris-Schwimmschule in Vilnius (Litauen), deren Athleten Arvydas Juozaitis, Lina Kačiušytė und Robertas Žulpa olympische Medaillengewinner wurden.

Mit unterschiedlichem Erfolg nutzten die Mitglieder der AAD-Delegation die Gelegenheit, ihre eigene Fitness an den vom Museum zur Verfügung gestellten Trainingsgeräten zu testen. Obwohl die Ergebnisse nicht schlecht waren, wecken diese Tests den Wunsch zu trainieren. Eine Sache fehlte in der Ausstellung des Olympischen Museums: Informationen über die Paralympischen Spiele. Aber es wird wahrscheinlich ein Teil ihrer zukünftigen Pläne sein.

Margarita Starkevičiūtė

Bericht über das FP-AP-Treffen in Berlin

Zum ersten Mal nahm ich zusammen mit meinem Kollegen Miguel Ángel Martínez, ehemaliger Präsident des Europarates und bereits ein Veteran dieser Organisation, an der Sitzung des Präsidiums der Europäischen Vereinigung ehemaliger Parlamentarier der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP) teil. Es war eine ausgezeichnete und fruchtbare Erfahrung, nicht nur wegen der besprochenen Themen, sondern auch wegen der Gelegenheit, interessante Menschen mit herausragenden politischen Karrieren kennenzulernen und wegen der guten Atmosphäre der Zusammenarbeit und Freundschaft, die während des Treffens herrschte.

Das Treffen fand am 14. Oktober auf dem Bunderstag in Berlin statt und wurde vom derzeitigen Präsidenten der FP-AP, dem Franzosen Jean-Pierre Fourre, ehemaliger Vizepräsident der Nationalversammlung, hervorragend moderiert. Auf der Tagung wurden der Beitritt Dänemarks, des einzigen nordischen Landes, das noch nicht Mitglied der Vereinigung ist, sowie der Sitzungskalender für das kommende Jahr genehmigt. Außerdem wurde der Prozess der Satzungsreform eingeleitet, der in der nächsten Präsidiumssitzung verabschiedet werden soll.

Es folgte ein Seminar mit dem Titel "Von der Diktatur zur Demokratie", in dem es vor allem um die deutsche Wiedervereinigung ging. 32 Jahre sind seit dem 2. Oktober 1990 vergangen, als die Deutsche Demokratische Republik (DDR) aufhörte zu existieren und die neue Nation vor einer großen Herausforderung stand: die Schäden der Teilung und im Osten die Folgen von vier Jahrzehnten Diktatur zu beseitigen.

Die Vorträge von Prof. Richard Schröder (ehemaliges Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR und des Deutschen Bundestages) und Prof. Steffen Mau (Professor für Makrosoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin) waren hervorragend, präzise, gut dokumentiert, streng und sehr interessant. Beide waren sich einig, dass die Wiedervereinigung eine mutig angenommene Herausforderung war, die eine große gemeinsame Anstrengung erforderte, aber auch sehr positive Auswirkungen auf das Land hatte, da sie es allen Deutschen ermöglichte, wieder in einem vereinten und demokratischen Land zu leben. Beide betonten jedoch, dass die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West

trotz der Integrationsbemühungen und der milliardenschweren Investitionen in den Zusammenhalt fortbestehen. An ihre Beiträge schloss sich eine ausführliche und lebhaft Debatten mit den anwesenden FP-AP-Mitgliedern an. Den Abschluss der Arbeiten bildete ein Abendessen im Auswärtigen Amt, bei dem wir unsere Gespräche in einer freundlichen und herzlichen Atmosphäre fortsetzten.

Der Tag wurde durch zwei interessante kulturelle Aktivitäten bereichert. Der erste war ein Besuch des Tränenpalastes am Bahnhof Friedrichstraße. Während der Diktatur war dieser Terminal der Grenzübergang von der DDR nach West-Berlin. Trotz strenger Sicherheitsvorkehrungen begaben sich viele Ostdeutsche dorthin in der Absicht zu fliehen, obwohl fast alle Versuche scheiterten. In dem zum Museum umgestalteten Gebäude konnten wir biografische Beispiele und fast 600 Gegenstände bewundern, die uns einen Einblick in das Alltagsleben im geteilten Deutschland gaben.

Auch der Besuch des Bundestages war spektakulär. Fotos und Modelle erinnerten daran, dass das prächtige, von Paul Wallot entworfene Neorenaissance-Gebäude von 1894 Schauplatz blutiger Kämpfe war und während der Schlacht um Berlin am Ende des Zweiten Weltkriegs schwer beschädigt wurde, dass die Mauer, die Berlin teilte, entlang der Ostseite des Gebäudes verlief und dass sein heutiges Aussehen auf den vollständigen Wiederaufbau und die Umgestaltung des Gebäudes im Jahr 1990 durch den britischen Architekten Norman Foster zurückzuführen ist. Von seiner modernen Kuppel aus konnten wir einen herrlichen Blick auf die Stadt genießen. Es waren zwei intensive und sehr gut organisierte Tage, und ich möchte mich bei meinen Kollegen von der Deutschen Gesellschaft für ihre freundliche Gastfreundschaft bedanken.

Teresa Riera Madurell

Besuch der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments in der Tschechischen Republik (23.-25. Oktober 2022)

Unter dem Vorsitz und der hervorragenden Leitung von Klaus HÄNSCH, dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, wurde eine Delegation von zehn ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die fünf Nationalitäten (Deutschland, die Niederlande, Litauen, Frankreich und das Vereinigte Königreich) und verschiedene Fraktionen vertraten, von den tschechischen Behörden anlässlich der zweiten Präsidentschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union bis Ende Dezember 2022 auf höchster Ebene empfangen.

Im Herzen der majestätischen Barock- und Art-déco-Hauptstadt Prag, im Zentrum Europas, konnten wir mit Edvard KOŽUŠNIK, dem stellvertretenden Minister für Industrie und Handel und unserem ehemaligen Kollegen im Europäischen Parlament, offen über Migration, den russischen Einmarsch in der Ukraine und das politische Gleichgewicht in der Tschechischen Republik sprechen.

Anschließend diskutierten wir mit Karel HAVLICEK, dem stellvertretenden Präsidenten der Abgeordnetenkammer des tschechischen Parlaments, nicht nur über die Herausforderungen im Energiebereich, sondern auch über die Position der Tschechischen Republik innerhalb der Europäischen Union seit ihrem Beitritt im Jahr 2004.

Zwei Schritte weiter und kurz danach wurden wir von David SMOLJAK, dem Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des Senats der Tschechischen Republik, begrüßt. Die Diskussionsthemen orientierten sich dabei eher an der Funktionsweise und der wünschenswerten Weiterentwicklung der Unionsregeln. Wir wurden freundlicherweise zu einer sehr gut organisierten Führung durch den prächtigen Palast eingeladen, in dem der Senat untergebracht ist.

Der Tag endete mit einer sehr offenen Diskussion über die europäische Integration mit Masterstudenten der Prager Universität für Wirtschaft und Handel.

Wir begannen den Morgen unseres letzten halben Tages in Prag mit einem spannenden Besuch im Museum des Kommunismus und setzten ihn mit einem Mittagessen auf den Prager Höhen mit Mikulas BEK, dem Minister für europäische Angelegenheiten der Tschechischen Republik, fort. Mikulas BEK, ehemaliger Cellosolist und Rektor in Brünn, der seit kurzem in der Politik tätig ist, war für unsere Delegation ein erstklassiger Gesprächspartner, der bereitwillig alle unsere Fragen

beantwortete und uns einen sehr präzisen und klaren Überblick über die aktuelle europäische Situation und die zahlreichen politischen, sicherheitspolitischen und institutionellen Herausforderungen gab.

Wir sind Präsident HÄNSCH und Elisabetta FONCK - dank derer wir auch eine sechste Staatsangehörigkeit, nämlich die italienische, besitzen - sehr dankbar für die perfekte Organisation des Besuchs der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments in der Tschechischen Republik.

Nathalie Griesbeck

Besuch in Prag

Anlässlich des regelmäßigen Besuchs der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments in dem Land, das die EU-Präsidentschaft innehat, reiste unsere Delegation im Oktober in die Tschechische Republik. Als eine der interessantesten und attraktivsten Hauptstädte Europas war Prag ein hervorragender Tagungsort, und einige der Sitzungen fanden in historisch und architektonisch interessanten Gebäuden statt.

Mit der Erweiterung der EU haben sich die Zeitabstände zwischen den einzelnen Ratspräsidentschaften deutlich verlängert, und da die letzte tschechische Ratspräsidentschaft im Jahr 2009 stattfand, hatten die Tschechen viel Zeit, sich als Mitglied der Union anzupassen. Mehrere Gesprächspartner verdeutlichten dies, indem sie betonten, dass die Regierung nun, da sie wisse, wie die Dinge funktionierten, entschlossen sei, sich in ihrer zweiten Präsidentschaft zu profilieren. In der Tat haben sich die Zeiten seit 2009 radikal geändert und wir sind in eine beispiellose Krise gestürzt, die durch Russlands unverzeihlichen Einmarsch in der Ukraine ausgelöst wurde.

Wie auch immer die Pläne der tschechischen Regierung aussehen mögen, sie wurden durch die Notwendigkeit, die Folgen dieser Katastrophe zu bewältigen, durchkreuzt. Der Beginn unseres Besuchs war sehr angenehm, da wir das Vergnügen hatten, Edvard Kožušník, ein ehemaliges Vorstandsmitglied der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments und jetzt stellvertretender Minister für Industrie und Handel, informell zu treffen. Außerdem wurden Treffen mit dem Vizepräsidenten der Abgeordnetenkammer, Karel Havlíček, und dem Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, David Smoljak, vereinbart. Letztere fand in dem reich verzierten Senatsgebäude statt. Unser letztes offizielles Treffen war ein Arbeitsessen mit dem Minister für europäische Angelegenheiten, Mikuláš Bek, im Hrzánský-Palast.

Alle unsere Gesprächspartner waren sich darüber im Klaren, dass die Zusammenarbeit der Union angesichts der lebenswichtigen Energiekrise, von der alle unsere Länder betroffen sind, an ihre Grenzen stößt. Es herrschte Einigkeit darüber,

dass ein gemeinsamer Rahmen erforderlich ist, um unsere Abhängigkeit von russischen Energieressourcen zu verringern. Die konkretesten Maßnahmen müssen jedoch auf nationaler Ebene vereinbart werden; so wird die Tschechische Republik beispielsweise die Kernenergie weiter ausbauen. Die Tschechische Republik hält an ihrer pragmatischen Haltung zur EU-Integration fest.

Bei diesen Gelegenheiten versucht die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments stets, ein breiteres Publikum, insbesondere junge Menschen, zu treffen. So fanden informelle Treffen mit Studenten der Universität für Wirtschaft und Betriebswirtschaft sowie ein Treffen mit Vertretern von Jugendorganisationen im Haus Europa, dem Sitz des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in der Tschechischen Republik, statt. Beide Treffen waren fruchtbar, und es war für mich und andere Delegierte ermutigend, die Wünsche der Studenten nach einer modernen Tschechischen Republik in einem wiedervereinigten Europa zu hören.

Man vergisst leicht, dass diese Schüler in einer befreiten tschechischen Republik aufgewachsen sind. Für uns, die wir in den 1990er Jahren in die europäische Politik involviert waren und den Fall des Sowjetregimes und die Verhandlungen, die die Tschechische Republik in die EU brachten, miterlebt haben, war es faszinierend, mit Studenten zu sprechen, die zu dieser Zeit noch nicht einmal geboren waren. Der Besuch im Museum des Kommunismus vermittelte ein besseres Verständnis dafür, wie sehr sich das Leben und die Politik in der Tschechischen Republik verändert haben und wie die heutigen Generationen in einer völlig anderen Welt leben.

Das Museum bietet eine umfangreiche Bildausstellung zur Geschichte der Tschechoslowakei von ihrer Gründung im Jahr 1918 bis zum Fall des kommunistischen Regimes im Jahr 1989. Die Exponate des Museums sind objektiv und unvoreingenommen und ein gutes Beispiel für die Aufarbeitung schwieriger Zeiten in der Geschichte eines Landes. Alles in allem war es ein angenehmer, aufschlussreicher und anregender Besuch. Nochmals vielen Dank an das Prager EP-Verbindungsbüro und an unsere eigenen Mitarbeiter.

Michael Hindley

EP TO CAMPUS-PROGRAMM

Vor kurzem hatte ich das Vergnügen, im Rahmen einer halböffentlichen Online-Veranstaltung vor Studenten, Mitarbeitern und der breiteren Öffentlichkeit der Universität von Illinois zu sprechen. Jonathan Larson, stellvertretender Direktor des European Union Center der Universität, lud mich ein, bei dieser Veranstaltung über eine Frage zu sprechen, die "eine besondere Herausforderung, Befriedigung oder Aufschluss über die Art der Arbeit im Europäischen Parlament" darstellt. Ich habe mich für das Beispiel eines Initiativberichts des CULT-Ausschusses entschieden, der als direkte Reaktion auf die Morde an Charlie Hebdo und die Anschläge in Dänemark erstellt wurde.

Ich wurde mit diesem Bericht über "die Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU" beauftragt - ein wichtiges Thema für mich, da ich mein ganzes Leben lang mit marginalisierten Gemeinschaften gearbeitet und Kunst als Instrument für den sozialen Wandel, insbesondere im Kampf gegen Rassismus, eingesetzt habe.

Zu Beginn meines Vortrags skizzierte ich die vielfältigen Herausforderungen, mit denen die Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert war: die Finanzkrise von 2008, die eine Ära der Austerität auslöste, die die Ärmsten am härtesten traf, gefolgt vom Bürgerkrieg in Syrien, der zu einer riesigen Flüchtlingswelle führte. Ich habe erklärt, wie rechtspopulistische Führer die Angst vor dem "Anderen" geschürt und Muslime mit Terrorismus in Verbindung gebracht haben und wie islamische Extremisten unter dem Vorwand des Dschihad darauf reagiert haben.

Mein Bericht stützt sich auf das Pariser Abkommen, das von den Bildungsministern der 28 Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde und das darauf abzielt, die Ursachen der Marginalisierung und des daraus resultierenden gewalttätigen Extremismus durch einen pädagogischen Ansatz zu bekämpfen. In meinem Bericht wurde besonderer Nachdruck auf informelles Lernen und Partnerschaftsarbeit mit der Zivilgesellschaft gelegt, einschließlich des Jugend- und Gemeinschaftssektors, der Kunst- und Kulturerbeorganisationen und der Glaubensgemeinschaften.

In meinem Vortrag erläuterte ich, wie ich meinen Bericht durch das Ausschussverfahren bis zur Plenarsitzung im Januar 2016 steuerte, in der der Plenarsaal mit hitzigen und leidenschaftlichen Debatten gefüllt war. Der Anschlag auf den Bataclan-Saal im November hat die Gemüter weiter erhitzt und meine Arbeit noch dringlicher gemacht. Der Bericht wurde am 19. Januar 2016 mit großer Mehrheit angenommen, obwohl die britischen ECR- und ENF-Abgeordneten dagegen stimmten. Zu dieser Zeit bemühte sich der britische Premierminister David Cameron um Zugeständnisse der EU in Sachen Einwanderung, um dem Land das versprochene Referendum über die weitere Mitgliedschaft zu ermöglichen. Ich erläuterte, wie diese breitere politische Landschaft die unterschiedlichen Ansichten beeinflusste, da "Souveränität" immer mehr zum Schlagwort der Brexit-Kampagne wurde.

An meine eröffnungsrede schloss sich eine Fragerunde mit Studenten, Mitarbeitern und der breiten Öffentlichkeit an. Die Fragen reichten vom technischen Verfahren über die innere Arbeitsweise des Parlaments bis hin zu Fragen der europäischen Identität und der kulturellen Vielfalt. Die letzte Frage kam von den Schülern, und ich wurde gebeten, ein Beispiel für die europäischste(n) Person(en) zu nennen, die ich kenne. Ich habe die Roma als Beispiel genannt, weil sie, obwohl sie eine Minderheit sind, in vielen verschiedenen Ländern des Kontinents vertreten sind und den Grundsatz der Freizügigkeit in der Union verkörpern. Ich habe auch erwähnt, dass Menschen aus Nachbarländern, die sich um die Mitgliedschaft in der Union bemühen, sich oft europäischer fühlen als Menschen aus bestehenden Mitgliedstaaten, und ich habe die Ukrainer als Beispiel genannt.

Die wichtigste Lektion für die Studenten war, dass "der interkulturelle Dialog kein Thema für sich ist, sondern etwas, das wir in allen Bereichen unseres Lebens umsetzen müssen".

Julie Ward

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Henkel begann mit dem seiner Meinung nach wichtigsten Element der Union: dem gemeinsamen Markt, der die Grundlage für einen beispiellosen wirtschaftlichen Fortschritt nach dem Zweiten Weltkrieg bildete.

Darüber hinaus bezeichnete er das Europäische Parlament im Vergleich zu anderen Parlamenten in der freien Welt als das aktivste der Welt, wenn es um Menschenrechte, Demokratie und Pressefreiheit geht.

Er drückte seine Genugtuung darüber aus, dass die Europäische Kommission, der Rat der Union und das Europäische Parlament bei der Bewältigung der Pandemie auf Wissenschaftler und Experten und nicht nur auf Politiker hören.

Anschließend beschrieb er einige der Aspekte, die seiner Meinung nach negativ sind. Er wandte sich gegen den wachsenden Trend zu "mehr Europa", zu mehr Zentralisierung und Sozialisierung. Seiner Ansicht nach würde dies nicht nur zu mehr Bürokratie, sondern auch zu weniger Wettbewerbsfähigkeit der Union als Ganzes führen. Er wandte sich auch gegen die oft von EU-Politikern geäußerte Behauptung, dass Menschenrechte, Demokratie und Pressefreiheit u.a. "europäische Werte" seien, während sie in Wirklichkeit weltweit gelten. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde von den Vereinten Nationen herausgegeben, sie hatte also einen globalen Hintergrund und eine globale Ausrichtung, nicht eine europäische. Außerdem bezeichnete er die europäische Position als "arrogant", da es in anderen Teilen der Welt Länder gebe, die sich an die so genannten "europäischen Werte" hielten, einige davon mit einer noch längeren demokratischen Tradition. Er nannte Beispiele für Fälle, in denen das Beharren auf "europäischen Werten" nach hinten losging. Er zitierte die Reaktion von Vertretern von Diktaturen, die er in seiner Zeit als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie getroffen hatte, z. B. Chinas Premierminister Li Peng oder Kubas Fidel Castro, der betonte: "Wenn die Europäer ihre Werte haben können, warum können wir nicht unsere (chinesischen, kubanischen) haben?"

In Bezug auf die Nachhaltigkeit kritisierte er, dass sich die EU ausschließlich auf Umweltfragen konzentriere und andere Nachhaltigkeitserfordernisse wie die

Anhäufung von Finanzschulden und das Versäumnis, für nachhaltige soziale Sicherungssysteme zu sorgen, außer Acht lasse.

Henkel zufolge war der Brexit der schlimmste Schlag für die Union und auch für Großbritannien. Als Mitglied der parlamentarischen Fraktion ECR, wo er in Kontakt mit den britischen Tories stand, stellte er die wahren Gründe des Vereinigten Königreichs für den Brexit fest: "zu viel Europa", "zu viel Zentralisierung", "zu viel Sozialisierung".

Henkel beendete die Konferenz mit seinen Ausführungen darüber, was getan oder nicht getan werden sollte: "Es sollte eine ehrliche Analyse in Auftrag gegeben werden, warum das Vereinigte Königreich die Union verlassen hat.

Die Union muss verstehen, warum historisch gesehen alle kulturübergreifenden multinationalen Staaten (UdSSR, Jugoslawien, CSSR) und Mehrfachwährungen (wie der Euro) gescheitert sind.

Die Union sollte zur Subsidiarität als Prinzip des Regierens zurückkehren, anstatt alles in Brüssel zu zentralisieren. Die Union sollte zu einem echten marktorientierten Wirtschaftssystem zurückkehren und dem ständigen Druck (vor allem aus Frankreich) widerstehen, immer mehr zentrale Planung und staatliche Eingriffe einzuführen.

Die Union sollte auf Experten und Wissenschaftler hören, anstatt Ideologien zu folgen. Warum hat die Union während der Pandemie auf Virologen gehört, aber kaum auf Wirtschaftsexperten, wenn es um wirtschaftliche Fragen geht?

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine vertrat Henkel die Ansicht, dass die Union gar nicht erst versuchen sollte, ein "dritter Militärblock" zu werden - die NATO sei unersetzlich.

Insgesamt sollte sich die Union auf die "Erweiterung" (mehr Mitglieder) konzentrieren und der "Vertiefung" ("Vereinigte Staaten von Europa") widerstehen. Die derzeitige Position der Union sei nicht nur unrealistisch und unehrlich, sondern würde auch zum Scheitern der Union führen.

Hans-Olaf Henkel

In Florenz zur europäischen Sicherheit und Verteidigung

Die Sicherheitsarchitektur der Union ist nach wie vor so abhängig von der der Vereinigten Staaten wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Dies ist seit Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 deutlicher denn je. Zu Beginn ihrer Amtszeit erklärte Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament:

"Meine Kommission wird sich nicht scheuen, die Sprache des Vertrauens zu sprechen. Aber sie wird es auf unsere Art tun - auf die europäische Art. Das ist die geopolitische Kommission, die mir vorschwebt und die Europa dringend braucht".

Wir wussten nicht, dass dieser "europäische Weg" nur aus Erklärungen, Drohungen und Sanktionen bestand. Die Union ist sicherlich lauter als je zuvor, aktiver und beharrlicher, aber ihre Rolle im Krieg Russlands gegen die Ukraine bleibt zweit- oder sogar drittrangig nach der der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, obwohl der Konflikt direkt vor der Haustür der Union stattfindet. Viele Länder haben ihren Militärhaushalt aufgestockt, andere haben Verteidigungsreformen durchgeführt und begonnen, neue und moderne Waffentypen zu kaufen. All dies begann jedoch erst mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, obwohl die meisten osteuropäischen Länder bereits seit acht Jahren, seit dem ersten Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2014, Alarm geschlagen haben.

Der Verteidigungssektor ist ein Sektor, der lange Zeit braucht, um sich zu rehabilitieren, insbesondere nach einer langen und friedlichen Periode auf dem europäischen Kontinent, in der Verteidigung und Sicherheit vernachlässigt wurden. Die Dinge ändern sich jedoch, und zwar schnell. Wir befinden uns in einer schwierigen Zeit, in der die Militärausgaben steigen, während die Inflation zunimmt, die Energie- und Kraftstoffpreise steigen und der Kontinent sich immer noch von der Pandemie erholt, die noch nicht vorbei ist, auch wenn sie nicht in den Schlagzeilen ist. Sobald diese Schwierigkeiten jedoch überwunden sind, muss die Europäische Union stärker und widerstandsfähiger werden. Bei allen Debatten muss es darum gehen, wie wir uns die Sicherheit der EU in Zukunft vorstellen: mit einer eigenen Armee oder mit einer verstärkten US-Präsenz oder einer weiteren Integration in die NATO. Diese Debatte

muss so schnell wie möglich geführt werden, damit wir die richtige Entscheidung treffen können und nicht die, die uns durch die Umstände aufgezwungen wird. Die Union und ihre Mitgliedstaaten müssen mehr Verantwortung für Sicherheit und Verteidigung übernehmen und den Vertrag von Lissabon ändern, um die Bestimmungen zu ändern, die uns daran hindern, effizient zu sein, wie etwa die Einstimmigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Wie Eleanor Roosevelt sagte: "Es reicht nicht aus, über Frieden zu reden. Man muss daran glauben, und das reicht nicht aus, man muss dafür arbeiten". Diese Worte sollten unsere künftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmen, wir müssen in diesen Bereichen gemeinsame Anstrengungen unternehmen. Nur so werden sich die Union und die Kommission nicht scheuen, die Sprache des Vertrauens zu sprechen.

Ich hielt eine Vorlesung zu diesem Thema vor Masterstudenten im ersten Jahr an der Fakultät für Internationale Beziehungen der Universität Florenz. Es war eine große Freude, mit ihnen zu diskutieren. Die Schüler interessierten sich sehr für die Sicherheitslage in Osteuropa und insbesondere in Moldawien. Sie erkundigten sich nach der Lage und der Stimmung in der moldauischen Gesellschaft und danach, wie die Regierung mit der Flüchtlingskrise und dem Krieg vor ihrer Haustür zurechtkommt. Meine Antwort war, dass die Republik Moldau den Flüchtlingen, die sich für einen Verbleib im Land entschieden haben, sehr gut hilft und konsequent alle Arten von humanitärer Hilfe leistet. Präsident Amia Sandu und die Regierung bemühen sich um größtmögliche Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Die Moldauer hoffen, dass sie in Zukunft der Union beitreten und Teil der westlichen Welt werden können.

Krzysztof Lisek

Zusammenarbeit mit der Europäischen Atlantik-Gruppe

"Die Europäische Atlantische Gruppe ist eine Organisation, die wie ein Club für Mitglieder funktioniert, ein echter britischer Club für Mitglieder. Einmal im Monat trifft man sich, um etwas zu trinken und einem Gast zuzuhören. Dieses Mal war ich dank der AAD dieser Gast. Das Ereignis fand vor Wochen statt, zwei Tage nachdem London und die ganze Welt sich von Königin Elizabeth II. verabschiedet hatten. In den Straßen herrschte Trauer über die Ereignisse der letzten Tage.

Die Gastgeber widmeten unser Treffen dem Thema Ukraine. Mein kürzlicher Aufenthalt in Kiew war ein guter Ausgangspunkt, um die Angriffe auf die Ukraine in den Städten Bucha und Hostomel zu beschreiben. Ich sprach von Massengräbern, geplünderten Geschäften, Stapeln verbrannter Autos und "zerschossenen" Wohnblocks. Es mag seltsam klingen, aber so sahen die Fassaden der Wohnhäuser aus. Raketen hatten mehrere Stadtteile getroffen. Einige Menschen wurden getötet und andere wurden daran erinnert, wer die nächsten sein könnten.

Ich habe auch über die außergewöhnliche Mobilisierung der mutigen Menschen gesprochen, die sich dem russischen Imperialismus entgegenstellen. Die Ukrainer wollen den Sieg und den Frieden. Präsident Zelenski, der eine echte Führungspersönlichkeit geworden ist, spricht sehr offen darüber.

Dieser Kampf wäre ohne die Hilfe Amerikas, Europas und der ganzen Welt unmöglich. Ich habe den Briten für ihre Unterstützung in diesem Krieg gedankt. Bei den Bemühungen, der Ukraine zu helfen, ist die Unterstützung, die das Vereinigte Königreich durch die Spende von Ausrüstung und die Organisation umfangreicher Schulungen geleistet hat, von großer Bedeutung.

Außerdem kämpfen die Briten keine verlorenen Schlachten!"

- Marek Siwiec, Mitglied der AAD

"Die European Atlantic Group hat sich auf die Rede von Marek Siwiec in der Londoner City gefreut, und sie wurde nicht enttäuscht. Da er von den Debatten in der Ukraine kam, hatte er einen aktuellen Blick auf die aktuelle Situation, was zusammen mit seiner umfassenden Kenntnis des Landes und seiner Menschen seinen Worten große

Ernsthaftigkeit verlieh. Einige dieser Worte waren beängstigend, aber sie waren ehrlich, ebenso wie die Art und Weise, wie er auf die Fragen seiner Partner einging.

- David Selves, Europäische Atlantik-Gruppe

"Der Konflikt und Krieg zwischen dem "imperialen" Russland und der Ukraine wird noch lange andauern. Es ist ein echter Kampf der Kulturen und zwischen Demokratie und Despotismus. Aus der Sicht Russlands hat die Ukraine keine Existenzberechtigung. Aus ukrainischer Sicht muss Russlands Streben nach imperialer Vorherrschaft Einhalt geboten werden.

Marek Siwiec

Rezension von "Riding Two Horses: Labour in Europe" von Glyn Ford

Es wird oft gesagt, dass das Persönliche politisch ist. Dieses neue Buch des ehemaligen Labour-Abgeordneten Glyn Ford könnte auch als "die Welt nach Ford" bezeichnet werden, denn es ist kein Werk über die Geschichte der Labour-Partei in Europa, sondern eine zutiefst persönliche und philosophische Sammlung von Anekdoten aus fünfzig Jahren politischer Tätigkeit.

Ford war von seiner Wahl im Jahr 1984 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und war mehrere Jahre lang Vorsitzender der britischen MdEP-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion. Er war zu verschiedenen Zeiten Mitglied des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie, des Ausschusses für Justiz und Inneres sowie des Petitions- und Geschäftsordnungsausschusses. Obwohl er anfangs gegen den Beitritt des Vereinigten Königreichs zum Gemeinsamen Markt war, machte er sich bald das Konzept eines "anderen Europas" zu eigen und interessierte sich für den Föderalismus.

In seiner ersten Amtszeit leitete er den Untersuchungsausschuss zum Aufkommen von Faschismus und Rassismus in Europa und war anschließend Berichterstatter für einen zweiten Untersuchungsausschuss zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. In seinem letzten Jahrzehnt als Mitglied des Europäischen Parlaments war er Mitglied des Ausschusses für internationalen Handel und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Dieses Buch erzählt aber auch von seinen Jahren als Labour-Ratsmitglied in Tameside, Nordwestengland, von seinen zahlreichen Auslandsreisen während seiner Zeit als Europaabgeordneter - wo er seinen Internationalismus und insbesondere sein Interesse an Japan und Nordkorea entwickelte -, von seinen wissenschaftlichen Forschungen sowie von einer Reihe von Überlegungen zur Lage der Welt.

Das Werk besteht aus zehn Kapiteln, von denen jedes mit einer beträchtlichen Anzahl von Endnoten versehen ist, die Quellenangaben enthalten und das Thema Internationalismus versus Nationalismus behandeln. In den Kapiteln eins bis drei geht

es um seine Herkunft aus der Arbeiterklasse, seine persönliche Geschichte, seine Reisen in jungen Jahren, seine akademische Laufbahn und sein wachsendes Interesse an Wissenschaft und Außenpolitik. Das erste Kapitel enthält auch einen Abschnitt über Julian Priestley und die Befugnisse des Parlaments, der das Tempo der Erzählung ein wenig stört und im weiteren Verlauf des Buches besser aufgehoben gewesen wäre.

Das vierte Kapitel befasst sich mit den späten 1980er Jahren in der Labour Party im Europäischen Parlament, einer Zeit, in der es zu großen Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen kam, insbesondere mit dem Vorsitz der Fraktion und den Veränderungen in der Führung der Labour Party im Vereinigten Königreich, einschließlich der Annahme einer positiveren Politik gegenüber der EWG-Mitgliedschaft. Mein erstes Buch, in dem ich diese Zeit eingehend analysiert habe, wird häufig zitiert.

Das fünfte Kapitel befasst sich mit Süd- und Südostasien und gibt einen Einblick in die Entwicklung seines Interesses an und seiner Erfahrungen mit dieser Region. Das sechste Kapitel über Wissenschaft und Politik befasst sich mit seiner Arbeit im Ausschuss für Energie, Forschung und Technologie, einschließlich Themen wie Star Wars (Ronald Reagans Strategische Verteidigungsinitiative), die Echelon-Affäre und die Entwicklung von STOA, und erwähnt viele der im Bereich Energie und Wissenschaft tätigen MdEP.

Das siebte Kapitel "Harte Macht, weiche Macht und Handel" befasst sich mit der umstrittenen Unterstützung der Labour-Partei für den Irak-Krieg während Fords Zeit als außenpolitischer Sprecher der EPLP. Er geht auch auf Waffenexporte, die Sowjetunion und Trident ein und beschreibt seine Arbeit als Wahlbeobachter in Indonesien im Jahr 2004. In einem Unterabschnitt mit dem Titel "Ungleiche Wahlen" wird seine Teilnahme an anderen Wahlbeobachtungsmissionen in Südafrika, Kenia, Kambodscha, der Ukraine und Haiti erwähnt, bevor der Handel zwischen der EU und Nordkorea angesprochen wird.

Während seiner fünfundzwanzigjährigen Tätigkeit als Abgeordneter des Europäischen Parlaments galt Fords besonderes Interesse dem Rassismus und dem Faschismus. Das achte Kapitel beschreibt seine intensive Arbeit in diesem Bereich, zu der mehrere

Berichte des Parlaments mit zahlreichen Kritiken an Akteuren sowohl im Parlament als auch in verschiedenen EU-Ländern gehören, und erwähnt auch die Beratende Kommission für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Kahn-Kommission) des Rates der Europäischen Union und die Einrichtung der Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Darüber hinaus beschreibt er seine frühen Aktivitäten zu diesem Thema, bevor er Mitglied des Europäischen Parlaments und der britischen Labour-Regierung wurde. Auch der Rassismus in Amerika wird diskutiert. Das neunte Kapitel dreht sich um Fußball und Lobbyismus und ist ein Potpourri, das von Spesenskandalen bis zur Tobin-Steuer reicht. Das zehnte Kapitel schließt mit einer eingehenden Reflexion über seine persönlichen Gedanken zu Politik, Arbeit und Europa.

Das macht die Lektüre interessant und abwechslungsreich.

Anita Pollack

Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation

Die Inflation ist zurück: Was tun?

Diejenigen von uns, die die Nachwirkungen der Krisen der 1970er Jahre erlebt haben, erinnern sich nur zu gut an die enormen Schwierigkeiten, die wir hatten, um sie innerhalb weniger Jahre erfolgreich zu überwinden. Als europäische Länder wurden wir ärmer, indem wir einen Teil unseres Einkommens an diejenigen abgaben, die uns das Öl zu höheren Preisen verkauften; die Devisenmärkte gerieten in schwere Turbulenzen, die das Funktionieren des gemeinsamen Marktes beeinträchtigten; viele Industriezweige mussten umstrukturiert werden und einige verschwanden sogar; schließlich erlebten wir das Phänomen der "Stagflation": hohe Inflationsraten bei gleichzeitig niedrigen Wachstumsraten und hoher Arbeitslosigkeit.

Der derzeitige Anstieg der Energiepreise, der durch Putins Manipulation der Öl- und Gaslieferungen ausgelöst und durch seine Invasion in der Ukraine noch verschärft wurde, hat erneut zu einer Inflation geführt, ein Phänomen, das wir mit der Einführung der gemeinsamen Währung und der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank hinter uns gelassen zu haben glaubten. Gleichzeitig stellen die Auswirkungen der Pandemie auf viele globale Wertschöpfungsketten die Robustheit der Handelsglobalisierung in Frage, was den Druck auf die Preise vieler Rohstoffe und Lebensmittel weiter verstärkt.

Was ist zu tun, wenn diese Kombination von Faktoren die Preise in die Höhe treibt und den Spielraum der Wirtschaftspolitik einschränkt? Die Zentralbanken und insbesondere die EZB haben die Aufgabe, geldpolitische Instrumente einzusetzen, um Preisstabilität zu erreichen, und sie haben eine Unabhängigkeitsgarantie von den staatlichen Behörden erhalten, um frei von jeglichem politischen Druck handeln zu können. Folglich haben sie begonnen, die Zinssätze auf ein angemessenes Niveau anzuheben, um die Inflationserwartungen zu brechen und die Nachfrage zu dämpfen. Es ist zu hoffen, dass sie ihre Macht mit Bedacht einsetzen, um eine Rezession mit noch negativeren Folgen als die Inflation zu vermeiden.

Denn es ist zu bedenken, dass höhere Zinsen nicht nur auf der Nachfrageseite Übertreibungen dämpfen, sondern sich auch auf die privaten Haushalte, die Unternehmen und den öffentlichen Sektor auswirken, je nach deren Verschuldungsgrad. Was die Verschuldung anbelangt, so haben die Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie zu einem beträchtlichen Anstieg der öffentlichen Verschuldung im Verhältnis zum BIP geführt, ohne dass die Nachhaltigkeit dieser Position angesichts der niedrigen Kosten für die Emission neuer Anleihen Anlass zur Sorge gibt. Nun aber ändert sich das Bild grundlegend, und es besteht die Gefahr, dass übereifrige Zentralbanker in einigen Sektoren Insolvenzprobleme verursachen.

Joaquin Almunia

Welche Art von Inflation erleben wir und wie kann man damit umgehen?

In diesem Jahr hat die Europäische Union einen beispiellosen Preisanstieg erlebt, der die Haushalte belastet und sowohl für die Verbraucher als auch für die Unternehmen große Härten mit sich bringt und auch die öffentlichen Haushalte belastet. Aber welche Art von Inflation erleben wir und welche Lehren können wir aus dieser Situation ziehen?

Obwohl sie zu einem allgemeinen Problem in der EU geworden sind, ist der Inflationsdruck in den Mitgliedstaaten nicht einheitlich. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag die Inflation in der EU nach den Daten für August 2022 (veröffentlicht am 16. September) bei 10,10 %, gegenüber 9,80 % im Vormonat. Zum Vergleich: Ein Jahr zuvor, im August 2021, verzeichnete die EU eine Inflationsrate von 3,20 %.

Hinter dieser Gesamtzahl verbergen sich große regionale Unterschiede, auch wenn alle Länder sehr hohe Inflationsraten aufweisen. In den drei baltischen Ländern (Estland, Lettland und Litauen) stieg die Inflation im August 2022 auf 25,2 %, 21,40 % bzw. 21,10 %. Andere Mitgliedstaaten wie die Tschechische Republik (17,10 %), Ungarn (18,60 %) oder Polen (14,80 %) verzeichneten ebenfalls zweistellige Werte, während Malta mit 7 % die niedrigste, aber immer noch hohe Quote aufwies.

Der Großteil der Inflation ist natürlich auf die Energiepreise zurückzuführen, die zu Beginn der russischen Invasion in der Ukraine in die Höhe schossen. Wäre die Energie bei der Berechnung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) nicht berücksichtigt worden, hätte die Eurozone im August beispielsweise eine Inflation von 5,80 % statt 9,10 % verzeichnet.

Die hohen Energiepreise sind daher auf die historisch bedingte hohe Abhängigkeit der EU von Importen fossiler Brennstoffe aus Russland zurückzuführen. Vor dem Krieg war Russland der größte Energielieferant der EU. Im Jahr 2021 entfielen auf sie etwa 45 % der Gaseinfuhren, 27 % der Öleinfuhren und 46 % der Kohleinfuhren. Diese Einfuhren gehen zurück oder wurden aufgrund des Krieges und der Entscheidung Russlands, kein Gas an einige Mitgliedstaaten zu verkaufen, ganz eingestellt.

Über diese sichtbaren und unmittelbaren Auswirkungen hinaus beginnen sich die Energiepreise in einer breiteren Preisdynamik niederzuschlagen. Gas ist ein wichtiger Rohstoff für Düngemittel, die in der Landwirtschaft verwendet werden. Landwirte brauchen Öl und Benzin, um ihre Maschinen zu betreiben. Alle lebensmittelproduzierenden Unternehmen, von Industriebetrieben bis hin zu Bäckereien in der Nachbarschaft, sind von den höheren Strompreisen betroffen. Infolgedessen schätzte die Eurozone im August, dass verarbeitete Lebensmittel um 10,50 % teurer werden, während die Preise für unverarbeitete Lebensmittel um 11 % steigen werden.

Natürlich sind steigende Preise und Inflation nicht nur in Europa zu beobachten. Die Folgen des Krieges betreffen alle Länder der Welt. Die nordafrikanischen Nachbarn Europas sehen sich mit einem starken Anstieg der Preise für aus der Ukraine und Russland importierten Weizen konfrontiert. In Asien ist der Preis für verflüssigtes Erdgas (LNG) in die Höhe geschossen, was sich auf die Verbraucherpreise und die gesamte Stromerzeugung auswirkt.

Der richtige Umgang mit der Inflation erfordert eine gründliche Analyse ihrer Ursachen. In ihrer berühmten Rede kurz nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine - Mitte März 2022 - klassifizierte EZB-Direktoriumsmitglied Isabel Schnabel die verschiedenen Arten von energiebedingter Inflation in drei verschiedene Schocks: "Klimainflation", "Fossilinflation" und "Greeninflation". Der erste Schock, die "Klima-Inflation", besteht aus Naturkatastrophen, wie den extremen Wetterereignissen dieses Sommers, die zu höheren Preisen beitragen, indem sie Ernten zerstören oder wirtschaftliche Aktivitäten und die Versorgung mit Gütern behindern. Fossile Inflation" war der von ihm geprägte Ausdruck für die Folgekosten der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, wie sie leider durch den plötzlichen Anstieg der Kosten für fossile Brennstoffe, vor allem für Erdgas, als unmittelbare Folge des russischen Einmarsches und der darauf folgenden Maßnahmen deutlich geworden sind. Schließlich verwies er mit "Verdinflation" auf eine subtilere und längerfristige Entwicklung: den Preisanstieg einzelner Komponenten oder ganzer Systeme, die zur Erzeugung sauberer Energie benötigt werden. Dies wäre zum Beispiel bei Lithium der Fall, einem wichtigen Rohstoff.

Ein erheblicher Teil der sehr hohen Inflationsraten, die wir in Europa beobachten, ist ein direktes Erbe der von uns in der Vergangenheit genutzten Energiequellen, insbesondere der Abhängigkeit von russischem Erdgas. Die Energiepolitik ist daher eine entscheidende Maßnahme zur Bekämpfung der Inflation. Das Inflationsproblem in Europa kann erst dann vollständig gelöst werden, wenn das (sichere) Energieangebot der Nachfrage entspricht und Europa nachhaltige Alternativen zu russischen Pipelines gefunden hat. Während die Geldpolitik der EZB ihren Teil dazu beitragen wird, dass Zweitrundeneffekte oberhalb des Inflationsziels nicht zum Tragen kommen, ist einer der wichtigsten Auswege aus dem Inflationsproblem in Europa die rasche und konsequente Nutzung erneuerbarer Energien auf dem gesamten Kontinent, insbesondere der Sonnen- und Windenergie, sowie zusätzlicher Energie aus anderen Quellen. Dies muss mit soliden Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Verbundinfrastruktur einhergehen, damit die Strom- und Gasnetze grenzüberschreitend miteinander verbunden sind und ein effizienter europäischer Energiemarkt sowie die Flexibilität gewährleistet sind, sowohl mit der steigenden Nachfrage als auch mit der zunehmenden Marktvolatilität fertig zu werden.

Michael Boehm Lasse

Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Binnenmarktes

Dreißig Jahre nach dem bahnbrechenden ersten Programm von 1992 und obwohl es als eine der größten Errungenschaften der Union anerkannt ist, bedarf der Binnenmarkt noch immer der Pflege und Aufmerksamkeit. Dies war eine zentrale Botschaft der öffentlichen Anhörung, die die IMCO-Kommission am 27. Oktober 2002 anlässlich dieses historischen Jubiläums veranstaltete.

In ihrer Videobotschaft zur Eröffnung rief Margrethe Vestager, Vizepräsidentin der Kommission, dazu auf, den Binnenmarkt widerstandsfähiger zu machen und ihn durch ein wirksames, auf Regeln basierendes System zu untermauern. Sie wies auf die Entwicklung des digitalen Binnenmarktes und die kürzlich eingeführten neuen Maßnahmen hin, die vom IMCO-Ausschuss nachdrücklich unterstützt worden seien.

Das für Wirtschaft zuständige Kommissionsmitglied Paolo Gentiloni bekräftigte die Notwendigkeit, die Integrität des Binnenmarktes zu wahren, um die Herausforderungen nach der Einführung der COVID zu bewältigen. Die Außengrenzen müssen sicher sein, und nicht konforme und gefährliche Produkte müssen ferngehalten werden. Der Binnenmarkt muss zu einem Beschleuniger des grünen Übergangs werden. Sie braucht mehr politisches Engagement für ihre "ständige Weiterentwicklung".

Tomáš Prouza, Sonderbeauftragter der tschechischen Ratspräsidentschaft für den Binnenmarkt, betonte die starke Unterstützung seines Landes, das neue Maßnahmen zur Stärkung des Marktes vorantreiben wolle. Er brachte seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass "zu viele frühere Vorschläge vom Tisch genommen wurden".

Pascual Navarro Ríos, der spanische Staatssekretär für die Europäische Union, der im Jahr 2023 eine wichtige Rolle in der spanischen Ratspräsidentschaft spielen wird, versprach ebenfalls Kontinuität. Der Binnenmarkt ist ein Eckpfeiler des wirtschaftlichen Erfolgs der Union und ein Schlüssel zu Wachstum und Fortschritt. Herr Navarro Ríos forderte einen strategischeren Ansatz für die Entwicklung des Binnenmarktes und ein besseres "Instrumentarium" für die Festlegung von Regeln.

Giulia Barbucci, Vizepräsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, betonte die Notwendigkeit eines stärker auf die Bürger ausgerichteten Binnenmarktes. Wohlstand und Wohlergehen müssen sich in der Politik widerspiegeln. In der gegenwärtigen Situation ist dies eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau sozialer und wirtschaftlicher Resilienz.

Juho Romakkaniemi, Vorsitzender des Binnenmarktausschusses der Eurochambres, sah in der EU-Politik eine Form der Selbstgefälligkeit in einer Zeit, in der der globale Protektionismus zunimmt. Er forderte ein solides jährliches Arbeitsprogramm, das konsequent umgesetzt wird. Es muss eine größere Vertrauenskultur zwischen den Mitgliedstaaten entstehen, um die gegenseitige Anerkennung aufrechtzuerhalten und die Diskriminierung bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen zu beseitigen. Das Ziel sollten einfache und leicht durchsetzbare Rechtsvorschriften sein.

Monique Goyens, Generaldirektorin des Europäischen Verbraucherverbandes, erklärte, dass der Binnenmarkt den europäischen Verbrauchern echte Vorteile biete. Aufgrund der unzureichenden Durchsetzung der Rechtsvorschriften dauert es jedoch oft "ewig", bis die Verbraucher wie versprochen von den sie begünstigenden Vorschriften profitieren können.

Chiara Giovanni, stellvertretende Generalsekretärin der Europäischen Vereinigung für die Koordinierung der Verbrauchervertretung in der Normung, unterstützte die Botschaft zur Durchsetzung. Die Verbraucher, die im Binnenmarkt ihre Wahl treffen, wollen sicher sein, dass ihnen sichere und nachhaltige Produkte angeboten werden.

Der wichtigste Beitrag stammt von Professor Mario Monti, der auf Einladung des damaligen Kommissionspräsidenten Barroso den bahnbrechenden Bericht über den Binnenmarkt 2010 verfasst hat. Er rief dazu auf, dem Thema mehr politische Bedeutung beizumessen, und bezeichnete es als "beschämend", dass nicht mehr Fortschritte erzielt worden seien. Es sei "zu einfach" für die Mitgliedstaaten, leere Versprechungen zu machen. Er wies darauf hin, dass er im Jahr 2004, als seine Zuständigkeit als Binnenmarktkommissar endete und die für den Wettbewerb begann, seine Durchsetzungsbefugnisse erheblich ausgeweitet habe. In Wettbewerbsangelegenheiten könnte er bei Verstößen gegen die Vorschriften über

staatliche Beihilfen sofort gegen die Mitgliedstaaten vorgehen. Die Abhilfemaßnahmen, die bei Verstößen gegen die Binnenmarktvorschriften zur Verfügung standen, bestanden dagegen in der Einleitung endloser juristischer Durchsetzungsverfahren.

Professor Monti wies darauf hin, dass es einigen Ländern unter dem Druck des COVID erlaubt worden sei, die Vorschriften für staatliche Beihilfen zu umgehen, und dass diese Fälle ein "lebendes Labor" für die Politikforschung darstellen würden. Seiner Ansicht nach sind staatliche Beihilfen für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes unverzichtbar, und er war zuversichtlich, dass die Untersuchung der jüngsten Vertragsverletzungen dies eindeutig belegen würde. Er äußerte sich auch nostalgisch über die Position des Vereinigten Königreichs. Es war das erste Land, das den Binnenmarkt verließ, aber auch eines der einflussreichsten Länder bei dessen Aufbau.

In den letzten Beiträgen machte die ehemalige Vorsitzende der IMCO-Kommission, Arlene McCarty, eine scharfe Bemerkung zu den Vorteilen des Binnenmarktes, die das Vereinigte Königreich durch den Austritt verloren habe. Anneleen Van Bossuyt hob die Rolle des Parlaments bei der Förderung des Binnenmarktes hervor und wurde dabei von Petra De Sutter unterstützt, die diesen als "Eckpfeiler der EU-Integration" bezeichnete.

Malcolm Harbour hob die enge Zusammenarbeit des IMCO-Ausschusses mit Kommissar Mario Monti und seinem Nachfolger Michel Barnier hervor, die zur Schaffung der Binnenmarktakte von 2011 und 2012 führte. Er zeigte Archivfotos von den Veranstaltungen zum 20. Jahrestag, an denen Präsident Barroso, Kommissar Barnier und Professor Monti sowie einige hochrangige Mitglieder der IMCO-Kommission teilnahmen, die sich über die Erinnerung an dieses Ereignis freuten.

Die derzeitige Vorsitzende der IMCO-Kommission, Anna Cavazinni, spielte eine wichtige Rolle bei der Organisation der Anhörung und zeigte bei dieser wichtigen und wertvollen Gelegenheit große Führungsstärke.

Malcom Harbour

Die nachhaltige Politik, die wir brauchen

Der russische Einmarsch in der Ukraine hat für die EU-Mitgliedstaaten eine doppelte Wirkung. Einerseits handelt es sich um eine noch nie dagewesene Migrationswelle. Heute sind mehr als 14 Millionen Ukrainer Binnenflüchtlinge oder Kriegsflüchtlinge, von denen fast 8 Millionen in ein anderes Land ausgewandert sind. Angesichts dieser humanitären Katastrophe haben die EU-Mitgliedstaaten und die Zivilgesellschaft Mitgefühl, Fürsorge und Solidarität gezeigt, indem sie die ukrainischen Flüchtlinge aufgenommen und mit Nahrungsmitteln, Bildung, Pflege und Beschäftigung versorgt haben. Die Aktivierung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz hat es ebenfalls ermöglicht, die Flüchtlingswelle besser zu bewältigen. Da 86 % der Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, Frauen sind und sich unter ihnen viele Kinder und ältere Menschen befinden, ist der Druck vor allem auf den Wohnungsmarkt und die öffentlichen Dienste sowie auf die Pflege- und Bildungseinrichtungen groß. Die Türen zum Arbeitsmarkt wurden auch für sie geöffnet, aber angesichts des Alters der Flüchtlinge wird nur ein kleiner Prozentsatz in der Lage sein, diese Möglichkeiten in naher Zukunft zu nutzen. In der Zwischenzeit haben einige der Flüchtlinge bereits ihre Rückkehr in die Ukraine begonnen. Die Frage ist, wie lange der Krieg noch andauern wird und wie sich die Flüchtlingswelle voraussichtlich entwickeln wird. Zehn Monate nach Beginn der russischen Invasion sollte auf jeden Fall eine dauerhafte Lösung in Erwägung gezogen werden: langfristige Ansiedlung oder unterstützte Rückkehr. Ein Ende des Krieges ist eine Voraussetzung.

Die zweite große Auswirkung der russischen Aggression ist die galoppierende Inflation, die durch die Unsicherheiten auf den Öl-, Gas- und Lebensmittelmärkten verursacht wird. So muss die ganze Welt für die aggressiven politischen Ambitionen des Kremls bezahlen. Im September 2022 erreichte die Inflationsrate in der Union 10,9 % auf Jahresbasis, gegenüber 3,4 % ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf Nahrungsmittel (jährliche Inflation von 28,29 %) und Energie (jährliche Inflation von 60,72 %) zurückzuführen. Sowohl Russland als auch die Ukraine gehörten vor der Invasion zu den wichtigsten Exporteuren dieser Produkte. Innerhalb weniger Monate verringerten die EU-Mitgliedstaaten ihren Verbrauch an russischem Erdgas von 40 % auf nur noch 7 % ihres Verbrauchs. Die Substitution dieser Lieferungen

setzte die internationalen Märkte unter Druck und führte zu einem erheblichen Preisanstieg.

Um das Ausmaß der Auswirkungen der Inflation richtig einschätzen zu können, muss daran erinnert werden, dass sie unmittelbar auf die COVID-19-Periode folgt, in der die Union eine flexiblere Haushaltspolitik zuließ, um die Engpässe auszugleichen und die Unternehmen am Leben zu erhalten. Als die russische Invasion im Februar begann, litten wir bereits unter einer höheren Inflationsrate, und die Bürger und Haushalte standen immer noch unter dem Druck der Pandemie. Dies betraf eine Reihe von gefährdeten Gruppen (Haushalte mit niedrigem Einkommen, ältere Menschen, Pflegebedürftige, Familien mit kleinen Kindern usw.), die sich vor der Krise nicht erholen konnten. Auch einige Wirtschaftszweige wie das Verkehrswesen, das Gastgewerbe, die Pflege usw. waren weit davon entfernt, das Niveau von vor der Pandemie wieder zu erreichen. Dadurch wurden die negativen Auswirkungen der Inflation noch beschleunigt.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat in ihren jüngsten Studien festgestellt, dass zwischen Mai 2020 und Mai 2022 der Prozentsatz der Haushalte in der EU, die mit ihren Strom- und Wasserrechnungen im Rückstand sind, von 10 % auf 16 % und der Prozentsatz der Haushalte, die mit informellen Krediten im Rückstand sind, von 9 % auf 11 % ansteigen wird, wobei eine ähnliche Anzahl von Haushalten mit ihren Krankenversicherungszahlungen im Rückstand ist.

Um die Auswirkungen der Inflation abzumildern, haben die Regierungen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Die meisten erhöhen die Einnahmen im Allgemeinen: Nettoeinkommen aus Arbeit, Sozialleistungen und Subventionen, allgemeine Unterstützungszuschüsse, Steuersenkungen, Wohnbeihilfen oder Verkehrsbeihilfen. Der zweite Bereich von Interesse ist die Senkung der Energierechnungen: direkte Beiträge, Preisobergrenzen oder niedrigere Energiesteuern. Einige Maßnahmen zielen darauf ab, die Kraftstoffkosten zu senken oder den ökologischen Übergang, die Nutzung erneuerbarer Energien und eine höhere Energieeffizienz zu beschleunigen. Diese Maßnahmen wurden aus einem bestimmten Grund geschaffen und erzielten kurzfristige Ergebnisse.

Es stellt sich jedoch die Frage nach langfristigen Lösungen. Da der Krieg in eine Phase der Verfestigung eingetreten ist, wird die Fortsetzung der oben genannten Maßnahmen die öffentlichen Haushalte stark belasten, bevor sie sich von COVID-19 erholen. Etwa zwei Drittel der bisher eingesetzten Maßnahmen sind nicht spezifisch und auf die gesamte Bevölkerung ausgerichtet. Dies ist auf Dauer nicht tragbar. Die Herausforderung für die Regierungen besteht darin, gefährdete Gruppen und Unternehmen zu identifizieren und zu unterstützen, um die Inflation zu vertretbaren sozialen Kosten nachhaltig zu senken.

Ivailo Kalfin

Beendigung der Stagflation bis 2022

Die derzeitige Wirtschaftslage in vielen europäischen Ländern, die aus der Kombination von zweistelligen Inflationsraten und einem BIP-Wachstum am Rande der Rezession resultiert, weist bemerkenswerte Parallelen zu den beiden Ölpreisschocks der 1970er Jahre auf. Die letzte Stagflation löste einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik aus, der der Geldpolitik eine viel größere Rolle bei der Stabilisierung der Makroökonomie zuwies und den fiskalischen Aktivismus in den Hintergrund drängte. Damals wie heute ging eine akkommodierende makroökonomische Politik mit sinkenden Zinssätzen und Konjunkturpaketen einem Anstieg der Energiepreise voraus, der aufgrund der reichlich vorhandenen Liquidität zu einer Preisspirale geführt hat. Sobald die Zentralbanken nach der Volcker-Krise von 1979 die Zinssätze anhoben, wurde die Stagflation zum vorhersehbarsten Szenario. Es ging nicht mehr darum, sich für das kleinere Übel (Inflation oder Arbeitslosigkeit) zu entscheiden, wie es bis dahin der Fall gewesen war, sondern beides zu wählen.

Die Staatsverschuldung hat sich verschlechtert, obwohl die Regierungen ihre Konjunkturmaßnahmen weitgehend aufgegeben haben: Die Steuereinnahmen sind stark zurückgegangen und die Sozialausgaben haben sich erhöht. Es mag im Nachhinein überraschend erscheinen, aber diese wirtschaftliche Situation bereitete die Regierungen darauf vor, integrierte und liberalisierte Finanzmärkte ab Ende der 1980er Jahre zu akzeptieren. Größere und wettbewerbsfähigere Märkte versprachen niedrigere Zinssätze und damit geringere Kosten für den Schuldendienst. Regelmäßige Ausbrüche von Wechselkursschwankungen zeigten jedoch, dass stärker integrierte Finanzmärkte nicht unbedingt stabile Finanzmärkte sind.

Das Thema der instabilen Finanzmärkte verbindet und unterscheidet die 1970er von den 2020er Jahren. Wenn man bedenkt, dass die akkommodierende Geldpolitik und die Konjunkturpakete heute umfangreicher sind als damals, warum sind die Zentralbanken dann so zögerlich, bei den ersten Anzeichen von Inflation zu intervenieren? Die Volatilität der Energiepreise, die Blockaden in den Lieferketten und die Zunahme der offenen Stellen infolge des so genannten "großen Verzichts" gingen dem russischen Einmarsch in die Ukraine voraus.

Es stimmt, dass höhere Zinssätze die Volkswirtschaften in eine Rezession stürzen würden. Dies hat die Zentralbanken jedoch nie davon abgehalten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um ernsthaften Inflationsgefahren zu begegnen. Die durch die Pandemie verursachte Unterbrechung der Versorgungskette könnte Anlass zu Zweifeln geben, aber ein akkommodierendes monetäres Umfeld würde die zugrunde liegenden Versorgungsprobleme nicht beheben. Die Lösung muss anderswo gesucht werden: auf den Finanzmärkten.

Der Inflation auf den Waren- und Dienstleistungsmärkten im Jahr 2022 sind fünfzehn Jahre beispielloser monetärer Expansion vorausgegangen, in denen bewusst negative Realzinsen für Gelder angeboten wurden, die sich die Finanzinstitute bei den Zentralbanken und dann auf den Großhandelsmärkten beschaffen konnten. Wie sehr sich die Finanzinvestoren an diese billige Finanzierung gewöhnt haben, zeigt die Hysterie und regelrechte Panik auf den Aktien- und Anleihemärkten, die durch die schrittweise Anhebung der Zinssätze um einen halben Prozentpunkt und die Aussicht auf einen Zinssatz des Schatzamtes von 5 % ausgelöst wurde. Bei einer Inflationsrate von rund 10 % würde dies einem realen Minus von 5 % entsprechen: eine unvorstellbare Entschädigung für die in den ruhigen Zeiten vor 2008 vereinbarten Kredite!

Die geldpolitische Lockerung war unerlässlich, um die Volkswirtschaften aus den systemischen Finanzkrisen herauszuführen, die seit 2008 eine nach der anderen folgten. Es gab schon immer eine gute Ausrede, um sie zu verlängern. Die Schwellenländermärkte stürzten jedes Mal ab, wenn die Federal Reserve versuchte, ihren Leitzins zu erhöhen. In Europa war die Staatsschuldenkrise eine direkte Folge des Vorteils, den die Finanzmärkte gegenüber den Regierungen, die sie gerade gerettet hatten, erlangt hatten.

Fünfzehn Jahre monetäre Expansion haben zu monströsen Finanzmärkten geführt. Da Banken, Versicherungen und Pensionsfonds inzwischen recht streng reguliert sind, lebt ein großer Teil von ihnen im Verborgenen und ist mit den bestehenden Aufsichtsinstrumenten nur schwer zu ermitteln. Der regulierte Teil des Finanzsystems sollte versuchen, sich einen Teil dieser überhöhten Renditen zu sichern, indem er in

den Sektor der Krypto-Assets einsteigt oder Absicherungsinstrumente einsetzt, die für weniger volatile Zeiten entwickelt wurden.

Die wirtschaftsfreundliche konservative Regierung des Vereinigten Königreichs hat soeben die verheerenden Auswirkungen dieses Ungeheuers zu spüren bekommen, das sein Haupt erhebt. Premierministerin Liz Truss und ihr Kanzler wollten Besserverdienende durch eine Senkung des Spitzensteuersatzes belohnen, theoretisch für ihre harte Arbeit in risikolosen Finanzanlagen. Doch die Kreditaufnahme zur Senkung der Steuerlast hat die öffentlichen Anleihenmärkte verunsichert. Dies traf Pensionsfonds, die sich gegen fallende Anleiherenditen absichern wollten und dann für den raschen Anstieg der Anleiherenditen an die Hedge-Anbieter zahlen mussten. Der Verkauf von Anleihen durch Pensionsfonds, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, hat die Situation verschärft und die Bank of England gezwungen, mit einer Rettungsaktion zu intervenieren.

Die Monster, die sie zum Teil selbst geschaffen haben, sind der eigentliche Grund dafür, dass die Zentralbanken nicht mehr in der Lage sind, die Inflation entschlossen zu bekämpfen. Zinserhöhungen sind ein toter Buchstabe und sie wissen das. Was wirklich verwirrend ist, ist die Frage, warum die Zentralbanken die ihnen zur Verfügung stehenden makroprudenziellen Instrumente für gezielte Interventionen zur Deflationierung der Vermögensmärkte noch nicht offensiver eingesetzt haben. Solange der Erfolg der Stabilisierung von ihrem Wohlstand abhängt, werden sich die Lebenshaltungskosten und die Wirtschaftskrisen in die Länge ziehen.

Prof. Waltraud Schekelke